

# Geschicklichkeit und Glück : wie die Stadt Baden die Weltwirtschaftskrise meisterte

Autor(en): **Ventura, Andrea**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Argovia : Jahresschrift der Historischen Gesellschaft des Kantons Aargau**

Band (Jahr): **128 (2016)**

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-696785>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

---

# Geschicklichkeit und Glück

## Wie die Stadt Baden die Weltwirtschaftskrise meisterte

ANDREA VENTURA

Die Sicherung der materiellen Existenz gehört zu den Lebensaufgaben, die Menschen in jeder Epoche bewältigen müssen – so beschloss ich, diese Problemstellung in meiner Masterarbeit anzugehen.<sup>1</sup> Weil die Sicherung der materiellen Existenz gerade in Krisenzeiten eine besondere Herausforderung für alle Beteiligten darstellt und weil mich die Geschichte des 20. Jahrhunderts besonders interessiert, boten sich die Jahre rund um die Weltwirtschaftskrise als Untersuchungszeitraum an. Und weil sich Schwankungen der Weltkonjunktur in der exportorientierten Industrie der Stadt Baden stark bemerkbar machten und die Stadt ein professionell geführtes und gut assortiertes Stadtarchiv hat, wählte ich Baden als Ort für meine Forschungsarbeit. Zudem fühle ich mich der Stadt Baden sehr verbunden: Sie ist mein Wohn-, Geburts- und Heimatort.

### Lokale Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise unter der Lupe

Verlauf und Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in der Schweiz sind auf makroökonomischer Ebene gut erforscht und lassen sich summarisch wie folgt beschreiben: Die Industrieproduktion der Schweizer Volkswirtschaft ging in den Jahren 1929–1932 um 20 Prozent zurück; das reale Nettosozialprodukt sank im selben Zeitraum von 100 auf 95,3 Indexpunkte; die durchschnittliche Anzahl registrierter Arbeitsloser stieg von 8000 im Jahr 1929 auf 93 000 im Jahr 1936.<sup>2</sup> Trotzdem, gemessen am Einbruch des Sozialprodukts und an der Anzahl gemeldeter Arbeitsloser verlief die Weltwirtschaftskrise in der Schweiz milde im Vergleich zu den USA und zu Deutschland.<sup>3</sup> Charakteristisch für die Situation in der Schweiz waren die grossen Unterschiede im Grad der Betroffenheit: zwischen den Branchen – in erster Linie zwischen Inland- und Exportindustrien – und damit zwischen den Kantonen und zwischen den Städten. Eine Untersuchung zu den Variationen in der Konjunktur zwischen 1928 und 1938 ergab folgende Resultate: «sehr schlecht» für die Metall- und Maschinenindustrie, «mässig» für den Kanton Aargau und «katastrophal» für die Stadt Baden.<sup>4</sup> Das lässt Schlimmes befürchten. Andererseits schreibt der Verfasser der offiziellen Stadtgeschichte von 1965, dass Baden «die Wirtschaftsnöte der dreissiger Jahre besser als andere Krisengemeinden» überstand.<sup>5</sup> Diese Befunde irritieren durch ihre Widersprüchlichkeit, und es stellt sich die Frage: Wie war es genau in Baden während der 1930er-Jahre?

Es geht also im Folgenden um die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Stadt Baden in den Jahren 1929–1938. Besonderes Augenmerk gilt dabei den Auswir-

kungen der Weltwirtschaftskrise auf den Finanzhaushalt der Stadt und dem Krisenmanagement der Politik. Der Aktionsradius der Politik, wiederum, wird begrenzt von der wirtschaftlichen Situation der privaten Haushalte – weshalb auch diese interessiert, denn: Reiche Haushalte bewältigen eine Wirtschaftskrise selbstständig, sie können sogar Steuererhöhungen und Lohneinbussen verkraften, arme Haushalte hingegen benötigen Unterstützung.

Ziel ist, ein «Vergrößerungsglas» an die Stadt Baden in den 1930er-Jahren zu halten und Antworten auf drei Fragen zu finden: Wie meisterte die Stadt die Wirtschaftskrise – ökonomisch, politisch, sozial? Wie verlief die Krise in der Stadt? Welche Faktoren beeinflussten den lokalen Verlauf?

### *Der Verlauf der Krise in ausgewählten Kennzahlen*

Zum oben erwähnten «Vergrößerungsglas» gehört das Studium ausgewählter Kennzahlen, die den Verlauf der Krise und ihre Auswirkungen vor Ort abbilden. Im Einzelnen sind dies:

- Die jährlichen Steuereinnahmen der Stadt. Diese ergaben sich aus der Besteuerung von Gewinnen der Unternehmungen sowie aus der Besteuerung von Erwerbseinkommen und Vermögen der privaten Haushalte: Die Höhe der Steuereinnahmen reflektierte direkt die Konjunktur in der Stadt.
- Die jährlichen Ausgaben der Stadt zur Bereitstellung öffentlicher Leistungen zugunsten ihrer Einwohner (Bildung, Gesundheit, Fürsorge). Hier gilt es, allfällige Reduktionen oder Erhöhungen im Zusammenhang mit der Krise zu erkennen.
- Die private Nachfrage nach regulären öffentlichen Leistungen. Die Entwicklung von Schüler- und Patientenzahlen zeigt, ob und wann die Nachfrage schwankte und ob sich ein Zusammenhang mit der Krise herstellen lässt.
- Die Ausgaben der Stadt fürs Krisenmanagement (Arbeitslosenunterstützung, Arbeitsbeschaffung). Hier interessiert, ab wann und für wie lange derartige Ausgaben anfielen und wie hoch sie waren. Dabei ist zu beachten, dass sich reguläre Fürsorge für Arme, Alte und Kranke und ausserordentliche Krisenunterstützung für Arbeitslose und Arbeitssuchende überlappen; die Grenze dazwischen verschwimmt.
- Die private Nachfrage nach ausserordentlicher Krisenunterstützung: die Anzahl Personen, die sich bei der Stadt als arbeitslos meldete und entweder um finanzielle Unterstützung oder um die Vermittlung von Verdienstmöglichkeiten bat.
- Die Investitionen der Stadt und die Entwicklung ihres Vermögens. Die Frage ist, ob die Stadt durch kluge Investitionen lokale Konjunkturpolitik betreiben konnte. Das heisst, ob sie dafür politische Zustimmung fand und ob sie sich den Schuldendienst leisten konnte.
- Eine Übersicht über das Spektrum der wirtschaftlichen Verhältnisse bei den privaten Haushalten (Einkommen, Vermögen, Konsumausgaben). Dabei interessiert die Verteilung des materiellen Wohlstands auf die Haushalte, das heisst, der Anteil reicher, armer und mittelständischer Haushalte in Baden.

Eine Anhäufung quantitativer Daten genügt nicht, um zu verstehen, was in der Stadt während der Krise vorging. Es braucht im «Vergrößerungsglas» ergänzende Untersuchungen qualitativer Art, beispielsweise:

- Eine Übersicht über die vielfältigen Massnahmen, vor allem in der Finanz- und in der Sozialpolitik, mit denen die Stadt auf die Krise reagierte.
- Eine Beschreibung der wirtschaftlichen Situation der Stadt vor Ausbruch der Krise (1929/30). Denn eine wohlhabende Stadt kann eine Wirtschaftskrise besser überstehen und hat mehr Möglichkeiten, ihren Einwohnern zu helfen, als eine arme.

### *Jahresrechnungen der Einwohnergemeinde und Steuerbücher als Quellen*

Die Vielfalt von überlieferten Fakten, Zahlen und Statements bildet eine ausgezeichnete Grundlage für die Forschungsarbeit, wie die nachstehende Übersicht über die verwendeten Originalquellen zeigt.

Die gedruckten Rechnungen der Einwohnergemeinde mit Berichten zum vergangenen Verwaltungsjahr sowie die Rechnungen der Ortsbürgergemeinde liefern Zahlenmaterial zum Finanzhaushalt der Stadt Baden und zur Nachfrage nach öffentlichen Leistungen. Ausgewählte Positionen werden mit ihren exakten Zahlenwerten in Tabellen zusammengefasst, grafische Darstellungen machen Entwicklungen sichtbar.

Die Erläuterungen des Stadtrats in den Voranschlägen und Rechnungen der Einwohnergemeinde geben Auskunft über das Krisenmanagement der Stadt. Durch die chronologische Aneinanderreihung derartiger «Momentaufnahmen» im Halbjahresrhythmus entsteht so etwas wie eine «Filmaufzeichnung» der Einschätzungen und Massnahmen zur Krisenbewältigung. Einträge aus dem Stadtratsprotokoll und aus den Jahreschroniken in den Badener Neujahrsblättern helfen, die «Filmaufzeichnung» zu ergänzen und zu interpretieren.

Die Untersuchungen zur Situation der Stadt in der Krise beziehen sich auf die Jahre 1929–1938, weil so eine ganze Konjunkturwelle abgedeckt wird: von der Hochkonjunktur Ende der 1920er-Jahre über den massiven Einbruch Anfang der 1930er-Jahre und die danach andauernde Stagnation – beides Folgen der Weltwirtschaftskrise – bis hin zur Erholung ab 1937, eine Folge der Frankenabwertung.

Die Steuerbücher der Stadt Baden für die Steuerperiode 1934–1939 bieten sich zur Erforschung der privaten Haushalte an. Sie enthalten zu allen Steuerpflichtigen detaillierte Angaben über Vermögen und Erwerbseinkommen sowie eine Herleitung der Steuerlast. Unverzichtbar für die Interpretation von Inhalt und Form der Steuerbücher ist die Broschüre «Praktischer Führer für den Aargauer Steuerpflichtigen» aus dem Jahr 1935. Ausserdem ermöglichen diverse Quellen, dass wir uns ein genaueres Bild über exemplarische Einzelfälle machen: das Geschäftsjournal einer Kleinstunternehmerin, Haushaltsrechnungen und -belege einer wohlhabenden Ärztin, das Nachlassinventar einer Witwe, die Haushaltungsbücher eines Familienvaters.

Unter den genannten Quellen nehmen die Steuerbücher eine spezielle Rolle ein: als systematisch aufgebaute, alle steuerpflichtigen Haushalte umfassende Daten-

sammlung. Sie geben sowohl einen Einblick in spezifische Einzelhaushalte als auch eine Übersicht über die Gesamtsituation aller Haushalte, da sie sich statistisch auswerten lassen. Die Erfassung aller Badener Haushalte (rund 2900) würde allerdings den Umfang dieser Untersuchung sprengen und ist überdies unnötig, weil aus Sicht der Statistik eine Stichprobe von etwa 300 zufällig ausgewählten Haushalten genügt, um das ganze Spektrum zu erfassen und zuverlässige Aussagen über den gesamten Datenbestand zu machen.

Die Analysen zur Situation der privaten Haushalte in der Krise beziehen sich auf das Jahr 1934. Warum gerade 1934? Dafür gibt es mehrere Gründe. Erstens: Um die Datenmenge zu begrenzen, muss ein Jahr genügen. Zweitens: Bei den Steuerbüchern gibt es eine Überlieferungslücke zwischen 1922 und 1933. Und drittens: Das Jahr 1934 war ein schlimmes Krisenjahr, die Zahlen dokumentieren somit eher einen ökonomischen Tief- als Höhepunkt für die privaten Haushalte.

### **Gut erforscht: die Weltwirtschaftskrise aus nationaler und regionaler Sicht.**

#### **Schlecht erforscht: lokale Auswirkungen**

Die Weltwirtschaftskrise mit ihren Auswirkungen auf die Schweiz ist natürlich eines der Themen in der neuen Gesamtschau «Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert» (erschienen 2012). Dem Konjunkturverlauf in der Grossen Depression ist ein ganzes Unterkapitel gewidmet. Es endet mit dem Fazit, dass die Krise unterschiedlich stark spürbar war und dass Regionen, in denen exportorientierte Industrien vorherrschten, am stärksten darunter litten.<sup>6</sup>

Die Region Baden-Brugg im Kanton Aargau war eine derartige Region. In historischen Publikationen mit Fokus auf die Region/den Kanton findet sich zur Weltwirtschaftskrise recht viel. In der offiziellen Aargauer Kantongeschichte (genauer: Band 3, erschienen 1978) wird den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise ein ganzes Kapitel gewidmet. Dort finden sich Zahlenreihen zur Anzahl Stellensuchender im Kanton zwischen 1931 und 1939, eine Liste der staatlichen Projekte zur Arbeitsbeschaffung im Krisengebiet Baden-Brugg, Beispiele von Notstandsprojekten einzelner Gemeinden, die sie mithilfe kantonaler und eidgenössischer Subventionen realisierten, und eine Tabelle mit der Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Kanton und im schweizerischen Durchschnitt von 1931 bis 1938. Auch die Kantongeschichte erzählt von den grossen Unterschieden bei den Auswirkungen der Krise und von den Schwierigkeiten der kantonalen Politik, sich auf Massnahmen zur Krisenbewältigung zu einigen.<sup>7</sup>

Auch die Festschrift zum hundertjährigen Jubiläum des Kantonalen Arbeitsamtes im Aargau (erschienen 2004) thematisiert die Weltwirtschaftskrise. Der Autor trug eine Vielzahl von statistischen Daten zusammen: über den Arbeitsmarkt, die Arbeitssuchenden, die staatliche Arbeitsvermittlung, die öffentliche Unterstützung für Arbeitslose und die Finanzierung von Massnahmen zur Krisenbewältigung – alles bezogen auf den Kanton.<sup>8</sup>

Damit richtet sich das Augenmerk auf die lokale Ebene. Die Stadtgeschichte berichtet zur Weltwirtschaftskrise überraschend wenig. In der Badener Stadtgeschichte (Band 2, erschienen 1965) werden zwar im Unterkapitel «Finanzhaushalt und soziale Aufgaben» die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die öffentlichen Finanzen der Stadt thematisiert, die Ausführungen füllen allerdings weniger als eine Seite und werfen nur Blitzlichter auf ausgewählte Einzelposten. Summarisch steht dort: Unter der Leitung des Stadtammanns Karl Killer «überstand die Stadt die Wirtschaftsnöte der dreissiger Jahre besser als andere Krisengemeinden mit Hilfe der in guten Jahren angelegten Reserven und einer umfassenden Arbeitsbeschaffung». Der Verfasser erläutert nicht, worauf er diesen Befund abstützt.<sup>9</sup>

Mehr Informationen zur wirtschaftlichen Situation der Stadt finden sich in der Dissertation «Der Finanzhaushalt der Stadt Baden» (erschienen 1947), die die Entwicklung der städtischen Finanzen 1890–1943 nachzeichnet. Der Autor harmonisierte zu diesem Zweck zwölf Jahresrechnungen der Einwohnergemeinde – aus zwölf Jahren zwischen 1890 und 1943 – und analysierte die Ausgaben nach Verwaltungszweig, die Einnahmen nach Quellen sowie die Vermögenslage.<sup>10</sup> Was bisher jedoch fehlt, ist ein facettenreiches Bild der Stadt Baden während der 1930er-Jahre, das sich auf Originalquellen stützt und neben ökonomischen auch politische und soziale Aspekte der Krise abdeckt.

### **Die Krisenbewältigung der Stadt: fast eine Heldengeschichte**

Das zentrale Ergebnis meiner Masterarbeit ist, dass die Stadt die Weltwirtschaftskrise mit einer Mischung aus Glück und Geschicklichkeit meisterte. Als die Krise über die Stadt hereinbrach, hatte sie einerseits das Pech, dass nur zwei Unternehmungen, BBC und Motor-Columbus, für die Mehrheit der Steuereinnahmen, die Mehrheit der Arbeitsplätze, für Dividendenausschüttungen an lokale Aktionäre und volle Auftragsbücher bei lokalen Zulieferern sorgten. All dies fiel mit der Krise weg.

Andererseits hatte die Stadt aber das Glück, dass Einwohner- und Ortsbürgergemeinde finanziell gut aufgestellt waren und über üppige Reserven verfügten, die sie vor der Krise anhäufen konnten. Ausserdem hatten sie die Jahre davor für grosszügige Investitionen in die öffentliche Infrastruktur genutzt, Schulhäuser und Verwaltungsgebäude gebaut, neue Wohnquartiere mit Strassen, Kanalisation und Trinkwasserversorgung erschlossen. Die vorteilhafte Zusammensetzung der privaten Haushalte war ein weiterer Bonus für die Stadt: Mit 30 Prozent reichen und weiteren 30 Prozent mittelständischen Haushalten verfügte die Stadt über eine Mehrheit von Einwohnern, die aus eigener Kraft durch die Krise kommen und überdies Steuererhöhungen verkraften konnten. Und zu guter Letzt war die Abwertung des Frankens im Herbst 1936 ein Glücksfall für die exportorientierten BBC und Motor-Columbus, die sich praktisch umgehend von der Geschäftsflaute erholten und schon 1937 wieder Gewinne auswiesen.

Neben diesen Zufälligkeiten, denen die Stadt ausgesetzt war, muss aber auch auf die Geschicklichkeit der Akteure im Umgang mit der Krise hingewiesen werden.

Stadtrat und Stimmberechtigte, zusammen mit einer tüchtigen Verwaltung, manövierten die Gemeinschaft mit ökonomischem und psychologischem Geschick durch die turbulente Zeit. Der Stadt gelang es, ihre laufenden Ausgaben auf tieferem Niveau zu stabilisieren und Einnahmeausfälle mit einer Mischung von Steuererhöhungen, Lohnabbau bei den städtischen Angestellten und höheren Überschüssen der Städtischen Werke auszugleichen. Gleichzeitig erhöhte die Stadt ihre Investitionen: Sie nahm zusätzliche Darlehen über 2 Millionen Franken auf, um das Terrassenschwimmbad und das Schlachthaus mit Zufahrtsstrasse zu bauen. Die Rahmenbedingungen waren günstig: Kredite waren wegen der Deflation relativ billig, und das politische Umfeld war positiv gestimmt. Die Stimmberechtigten unterstützten bereitwillig Projekte, die Arbeit und Verdienst für das Badener Gewerbe und die Badener Haushalte schufen. Ausserdem deklarierte die Stadt die Projekte als Notstandsarbeiten und konnte so Zuschüsse von Bund und Kanton beziehen. Bemerkenswert ist, dass die Stadt während der Krise niemals Kredite aufnahm, um ihre laufenden Ausgaben zu decken – dafür mussten die laufenden Einnahmen erhalten. Und als diese im Jahr 1934 nicht genügten, wurde die Differenz aus dem Sozialfonds gedeckt, einem Fonds, den die Stadt in den Vorjahren aus Überschüssen geäuft hatte.

Ebenfalls zur Geschicklichkeit im Umgang mit der Krise ist eine ausgeprägte Stärke der Stadt Baden zu zählen: der innere Zusammenhalt. Die Stadt verstand sich als Schicksalsgemeinschaft – Einwohner und Bürger, Politik und Verwaltung zogen am selben Strick und unterstützten sich gegenseitig. Die Geschichte der Stadt Baden während der Weltwirtschaftskrise kann durchaus als Heldengeschichte erzählt werden, auch wenn bittere Aspekte bleiben: Mindestens 300 Haushalte waren zeitweise existenziellen Bedrohungen und Ängsten ausgesetzt.

### **Die Stadt und die privaten Haushalte als zentrale Akteure**

Die Herleitung dieser Ergebnisse wird in den kommenden Abschnitten ausführlich dargelegt und mit Quellen untermauert. Dabei gliedern sich die Ausführungen in zwei Teile: Im ersten Teil geht es um die Stadt und ihre Herausforderungen ökonomischer, politischer und sozialer Art während der 1930er-Jahre; im zweiten Teil geht es um die privaten Haushalte im Krisenjahr 1934 und ihren Beitrag zur Bewältigung der Krise.

Der erste Teil – über die Stadt – beschäftigt sich mit städtischer Konjunktur und Krisenmanagement. Dafür wird der Untersuchungszeitraum anhand der Veränderungen bei den Steuereinnahmen in Abschnitte unterteilt: Hochkonjunktur, Einbruch, Stagnation, Aufschwung. Jeder Zeitabschnitt bekommt einen eigenen Textabschnitt mit Zahlen und Erläuterungen zu den städtischen Einnahmen und Ausgaben sowie zur privaten Nachfrage nach öffentlichen Leistungen, ausserdem zu städtischen Investitionen und weiteren finanz- und sozialpolitischen Massnahmen. Eingeführt wird der erste Teil mit Übersichtsdarstellungen zur Entwicklung spezifischer Kennzahlen (Steuereinnahmen, Arbeitslosenzahlen, ausgewählte Ausgabeposten) über den ganzen Untersuchungszeitraum 1929–1938 hinweg.

Auch der zweite Teil – über die privaten Haushalte – beginnt mit einer spezifischen Einleitung, gefolgt von konkreten Zahlen: Mithilfe von Daten aus dem Steuerbuch lassen sich Minimum, Maximum, Median sowie die Verteilung von Einkommen und Vermögen berechnen. Danach geht es um die Besteuerung der privaten Haushalte. Eine Diskussion ausgewählter Einzelaspekte schliesst den zweiten Teil des Beitrags ab: Lebenshaltungskosten, Frauenverdienst, Kapitalerträge und Zahlenqualität.

### **Die Stadt während der 1930er-Jahre**

Die Ausführungen zu den ökonomischen, politischen und sozialen Herausforderungen, die die Stadt bewältigen musste, basieren weitgehend auf den gedruckten Broschüren, die der Stadtrat für die Stimmberechtigten zu den Versammlungen der Einwohnergemeinde im Frühling und im Herbst erstellen liess. Im Frühling ging es um die Abnahme der Jahresrechnung, die der Stadtrat mit einem Bericht über das zurückliegende Verwaltungsjahr ergänzte. Im Herbst ging es um den Voranschlag fürs kommende Verwaltungsjahr und die Höhe der Gemeindesteuer. Auch hier lieferte der Stadtrat ausführliche Erläuterungen zum Zahlenteil und zu seinen Anträgen.<sup>11</sup>

Die Unterlagen zu den Versammlungen der Ortsbürgergemeinde waren einfacher gehalten, sie bestanden nur aus den nackten Zahlentabellen der Jahresrechnung. Die zugehörigen Erläuterungen wurden wohl mündlich während der Versammlung abgegeben.<sup>12</sup> Dank diesen Quellen lässt sich die Entwicklung des Gemeindehaushalts in den 1930er-Jahren detailliert nachvollziehen: quantitativ anhand der Zahlen, qualitativ anhand der Ausführungen des Stadtrats. Ausgewählte Zahlen zum Finanzhaushalt der Stadt sowie zur Nachfrage nach öffentlichen Leistungen sind im Anhang meiner Masterarbeit zu finden.

### *Öffentliche Jahresrechnungen und Berichte zum Verwaltungsjahr*

Bei der Analyse und Interpretation von öffentlichen Jahresrechnungen ist zu beachten, dass diese Dokumente nicht nur ein ökonomisches, sondern gleichzeitig auch ein politisches Statement abgaben. Die Exekutive konnte damit demonstrieren, dass sie die Gemeindefinanzen im Griff hatte – und damit das Geschick der Gemeinde. Es ist davon auszugehen, dass der Stadtrat vorhandenen Spielraum beim Erstellen der Jahresrechnung – etwa die Zuordnung gewisser Ein- und Ausgabeposten oder der Umgang mit Defiziten – nicht nur nach ökonomischen Überlegungen, sondern auch nach politischer Opportunität ausschöpfte.

Ein Beispiel dafür ist der Saldo der Jahresrechnung. Ökonomisch gesehen wäre ein hoher Überschuss anzustreben. Die Gemeinde könnte damit Schulden abzahlen, Reserven anlegen, Investitionen tätigen. Politisch gesehen ist ein hoher Überschuss ganz schlecht. Augenblicklich würden zwei Forderungen auftauchen: erstens die Steuern zu senken und zweitens die Leistungen auszubauen, am besten beides gleichzeitig. So gesehen ist es politisch am vernünftigsten, Jahresrechnungen zu prä-



sentieren, die mit einer «schwarzen» oder «roten Null» aufgehen. Und genau dies tat der Badener Stadtrat: In den Jahren 1932–1938 präsentierte er durchgängig Jahresabschlüsse, die wenige Tausend Franken im Plus oder im Minus lagen, bei gleichzeitigen Einnahmen und Ausgaben von über einer Million Franken. Fazit: Der Verlauf der Wirtschaftskrise und ihre Auswirkungen auf den Gemeindehaushalt lassen sich nicht am Saldo der Jahresrechnungen ablesen.

Weiterführende Vorbehalte zur Jahresrechnung der Stadt sind in der Dissertation «Der Finanzhaushalt der Stadt Baden» von Ernst Keller aus dem Jahr 1947 zu finden. Keller untersucht darin am Beispiel von zwölf ausgewählten Jahren zwischen 1890 und 1943 die beiden Fragen, woher die finanziellen Mittel der Gemeinde kamen und wofür sie verwendet wurden. Dabei bemängelt er die Unzulänglichkeiten der Verwaltungsrechnung und unterzieht das Zahlenmaterial einer statistischen Bearbeitung, bevor er es auswertet und analysiert: Er integriert Teilrechnungen (Armen-, Schul- und Fondsrechnung sowie Betriebsrechnungen von Terrassenschwimmbad, Krankenhaus und Feuerwehr), vereinheitlicht die Zuordnung von Rechnungsposten und reduziert die Rechnung auf den effektiven Verkehr.<sup>13</sup>

Kellers Vorbehalte wurden in den Untersuchungen meiner Arbeit angemessen berücksichtigt.

### *Politik und Verwaltung*

Die Legislative der Stadt bestand aus den stimmberechtigten Mitgliedern der Einwohnergemeinde, die mehrmals jährlich an Gemeindeversammlungen Beschlüsse fassten. Daneben gab es noch die Ortsbürgergemeinde, zu deren Versammlungen nur Badener Einwohner mit Ortsbürgerrecht zugelassen waren. Die Ortsbürger verfügten über ein eigenes Vermögen, besaßen eigene Betriebe und Unternehmungen und verfolgten eigene Projekte, allerdings in enger Abstimmung mit der Einwohnergemeinde. Die Stadtverwaltung besorgte die Umsetzung von Beschlüssen sowohl der Einwohner- als auch der Ortsbürgergemeinde.

Die Exekutive der Stadt bestand aus sieben Stadträten: fünf bürgerliche und zwei sozialdemokratische. Letztere hatten die Ämter des Stadtammanns und des Armenpflegers inne. Diese Zusammensetzung blieb in den Wahlen von November 1929, Oktober 1933 und November 1937 unverändert.<sup>14</sup>

Die Stadt wurde in den 1930er-Jahren von einem Stadtammann geführt, der geschäftsmässiges Denken mit sozialer Verantwortung verband. Der Sozialdemokrat Karl Killer war 1927 «nach heftigem Wahlkampf» zum Stadtammann von Baden gewählt worden. Zum Zeitpunkt seiner Wahl hatte er schon einige politische Erfolge vorzuweisen: Als Rektor der Gemeindeschule gelang es ihm, die Stadt zu überzeugen, in den Badener Schulen die Schülerspeisung und die Schülerunfallversicherung einzuführen. Und als Präsident des Aargauischen Lehrervereins wirkte er tatkräftig beim neuen Lehrerbesoldungsgesetz von 1919 mit. Er war ab 1913 Mitglied des Grossen Rats für die Sozialdemokratische Partei und ab 1919 Mitglied des Nationalrats.<sup>15</sup>

Für die Etablierung und Durchsetzung von Recht und Ordnung konnte die Stadt auf eine ausgebaute Stadtverwaltung setzen. Diese bestand – neben dem siebenköpfigen Stadtrat – aus der Stadtkanzlei mit Zivilstandsamt, der Einwohnerkontrolle mit Steuerbüro und Sektionschef, der Stadtkasse, dem Bauamt, der Polizei und dem Betreibungsamt. 1934 waren 76 Personen in der Stadtverwaltung beschäftigt, wobei das Bauamt mit 42 Mitarbeitenden die grösste Einheit stellte.<sup>16</sup>

### *Städtische Einrichtungen*

*Schulen:* Alle Kinder traten im Alter von sieben Jahren in die Gemeindeschule ein; die obligatorische Schulzeit betrug acht Jahre.<sup>17</sup> Dabei fächerten sich die Ausbildungsgänge für die letzten drei Jahre auf: in die Oberstufe der Gemeindeschule, die Sekundarschule mit erhöhten Anforderungen und die Bezirksschule als Progymnasium. Letztere wurde von Schülerinnen und Schülern aus dem ganzen Bezirk besucht. Ausserdem gab es in der Stadt drei Typen von weiterführenden Schulen, die auf freiwilliger Basis besucht wurden: die Bürgerschule,<sup>18</sup> die Handwerkerschule und die Handelsschule. Die Finanzierung der Schulen war höchst unterschiedlich geregelt und abhängig von Schulstufe und Schulträger. 1929 besuchten 732 Schülerinnen und Schüler die Gemeindeschule und 487 die Bezirksschule. 1938 waren beide Zahlen angestiegen: auf 778 an der Gemeindeschule und 612 an der Bezirksschule.

*Krankenhaus:* Seit 1912 gab es in Baden das Städtische Krankenhaus mit 100 Betten. Ein Chirurg und ein Spitalarzt erbrachten medizinische Leistungen; beide waren im Vollamt angestellt. Schwestern aus dem Hause Ingenbohl kümmerten sich um die Krankenpflege.<sup>19</sup> Das Krankenhaus finanzierte seinen Betrieb weitgehend über Pflorgetaxen, grössere Investitionen hingegen übernahm die Stadt.

*Armenpflege:* Das Armengesetz von 1804 (!) regelte die Armenfürsorge im Kanton. Danach hatten arme Waisenkinder, arbeitsunfähige Erwachsene und kranke Personen Anspruch auf Unterstützung.<sup>20</sup> Die Leistungen wurden von den Bürgergemeinden erbracht und gingen nur an eigene Bürger. Die Armenfürsorge finanzierte sich bis 1936 aus den Erträgen des Armenguts. In der Stadt Baden leistete die Einwohnergemeinde ab 1910 freiwillig einen Gemeindebeitrag zur Armenfürsorge und erweiterte damit den Kreis von Anspruchsberechtigten um die Einwohner von Baden.<sup>21</sup>

Eine Armenpflegekommission verteilte im Auftrag des Stadtrats Gelder und Sachleistungen an Bedürftige. In der Armenpflegekommission sassen neben zwei Frauen und zwei Männern aus unterschiedlichen sozialen Schichten die beiden Pfarrherren (der katholische und der reformierte), ein Arzt, ein Vertreter des Stadtrats (der Armenpfleger) und der Ortsbürgerverwalter als Protokollführer.<sup>22</sup>

Die Ortsbürger besaßen und betrieben das Bürgerasyl, welches als Altersheim fungierte. Dort wurden diejenigen Badenerinnen und Badener untergebracht, die ihre Wohnung nicht aus eigener Kraft finanzieren konnten und auch nicht bei Familienangehörigen unterkamen. Die 22 Plätze waren ständig besetzt.<sup>23</sup> Das Bürgerasyl finanzierte sich aus Verpflegungstaxen und den Erträgen des Altersguts.

*Städtische Werke:* Die Versorgung der Stadt mit Wasser, Gas und Strom lag bis 1917 bei der Elektrizitätsgesellschaft Baden, einer privaten Aktiengesellschaft. Im Oktober stimmte die Gemeindeversammlung dem Ankauf der Versorgungseinrichtungen zu, für einen Kaufpreis von 4,7 Millionen Franken. Per 1. Januar 1918 gingen zwei Wasserkraftwerke, sämtliche Leitungsnetze mit Transformatorenstationen und elektrischen Einrichtungen, das Gaswerk und die Grundwasserpumpstation Aue sowie die zugehörigen Liegenschaften und der Pensions- und Hilfsfonds in den Besitz der Einwohnergemeinde über. Die Städtischen Werke wurden einer eigenen Kommission unterstellt und nach kaufmännischen Grundsätzen geführt.<sup>24</sup> Die Städtischen Werke entpuppten sich als eigentlicher Goldesel für die Einwohnergemeinde. Sie stellten nicht nur die Versorgung der Stadt sicher, sondern lieferten regelmässig schöne Betriebsüberschüsse ab und deckten ihren Investitionsbedarf aus eigener Kraft.

*Zweigstelle des Kantonalen Arbeitsamts:* 1904 wurde das Kantonale Arbeitsamt in Aarau eröffnet, zusammen mit zehn Filialen, eine pro Bezirkshauptort.<sup>25</sup> Ihr Zweck war die Arbeitsvermittlung. Diese war gratis und richtete sich zum einen an «wandernde Arbeitslose», aber auch an «einheimische Arbeitssuchende» und sogar an «Frauen (Arbeiterinnen, Dienstboten, Kellnerinnen etc.)».<sup>26</sup>

Das Arbeitsamt als Institution hatte sich aus der Naturalverpflegung heraus entwickelt. 1895 hatte der Grosse Rat ein Gesetz zur Verpflegung bedürftiger Durchreisender beschlossen, «in der Absicht, Wanderbettel und Vagantentum zu unterdrücken». Das Gesetz regelte: «Die Naturalverpflegung erfolgt durch Gewährung von Herberge und einfacher Verköstigung unter Ausschluss von Geldgaben.» Als Gegenleistung sollten die Durchreisenden «eine angemessene Arbeit verrichten». Zu diesem Zweck wurde bei jeder Verpflegungsstation ein «Arbeitsnachweissbureau» eingerichtet.<sup>27</sup>

Die Arbeitsvermittlung der Naturalverpflegungsstationen war aber wenig erfolgreich. Unter potenziellen Arbeitgeberern – Gewerbetreibenden und Landwirten – war das Misstrauen gegenüber Wanderarbeitern und -handwerkern gross. Mit der Eröffnung des Arbeitsamtes und der Ausdehnung des angesprochenen Personenkreises auf Sesshafte sollten Akzeptanz und Wirkung von staatlicher Arbeitsvermittlung verbessert werden. Das Kantonale Arbeitsamt wurde durch Beiträge des Kantons und der Gemeinden finanziert. Ab 1910 gab es auch Bundesbeiträge.<sup>28</sup>

Das Kantonale Arbeitsamt und seine Filialen dokumentierten ihre Vermittlungserfolge in einem Jahresbericht. Im Krisenjahr 1936, beispielsweise, gelang es der Filiale Baden zwar, alle im Bezirk gemeldeten offenen Stellen (341) zu besetzen, aber sie konnte nicht allen gemeldeten Arbeitssuchenden (806) eine Stelle vermitteln.<sup>29</sup>

### *Wichtige Arbeitgeber und Steuerzahler*

Der wichtigste Arbeitgeber in Stadt und Region Baden war der Elektrotechnikkonzern Brown, Boveri & Cie. (BBC), der grösste Steuerzahler war die Finanzierungs- und Ingenieurgesellschaft Motor-Columbus. Beide waren vom Export und von der Weltwirtschaft abhängig, ebenso wie ihre Zulieferer, unter anderen die Armaturen-

fabrik und Metallgiesserei Oederlin & Cie. Oederlin und die Metallwarenfabrik Merker beschäftigten Anfang der 1930er-Jahre je mehrere Hundert Arbeiter und Angestellte. Bei BBC waren 1930 allein am Badener Standort mehr als 6400 Personen beschäftigt.<sup>30</sup>

Auch die Stadt war ein grosser Arbeitgeber: Neben der eigentlichen Stadtverwaltung zählten auch die Mitarbeitenden der Schulen, des Krankenhauses und der Werke zum städtischen Personal – alles in allem mehr als 300 Personen.<sup>31</sup>

Der drastische Arbeitsplatzabbau während der Krise zeigte sich besonders deutlich bei BBC: Waren Ende März 1931 noch 7000 Personen in Baden und Münchenstein beschäftigt, so sank diese Zahl auf 5000 im März 1933 und danach auf 3500 im März 1934. Die Geschäftsleitung halbierte innerhalb von drei Jahren die Belegschaft.<sup>32</sup> Die Entlassungen bei BBC betrafen aber nur zum Teil Einwohner der Stadt, da viele «BBC-isten» in den Nachbargemeinden wohnten.

Die grössten Steuerzahler waren Badener Unternehmungen, wie die folgende Tabelle zeigt:

Steuerzahlungen (Franken)	1930	1940
Motor-Columbus	207 687	97 544
BBC	195 977	101 853
Metallwarenfabrik Merker	16 734	14 965
Nordostschweizerische Kraftwerke	9 893	9 917
Schnebli's Söhne Biscuitfabrik	2 427	1 962

Tabelle 1 Steuerzahlungen ausgewählter Badener Unternehmungen.<sup>33</sup>

Während der Krise gingen die Steuerzahlungen von Motor-Columbus und BBC dramatisch zurück: auf null Franken! Beide Unternehmungen erholten sich ab 1937, nach der Frankenabwertung im September des Vorjahrs. Die Steuererträge aus privaten Haushalten hingegen knickten während der Krise nur wenig ein und stabilisierten sich schnell. Auch unter den privaten Haushalten gab es einige sehr gute Steuerzahler: solche, die mehr als tausend Franken jährlich an die Stadt ablieferten.

### Die Krise zwischen 1929 und 1938 im Überblick

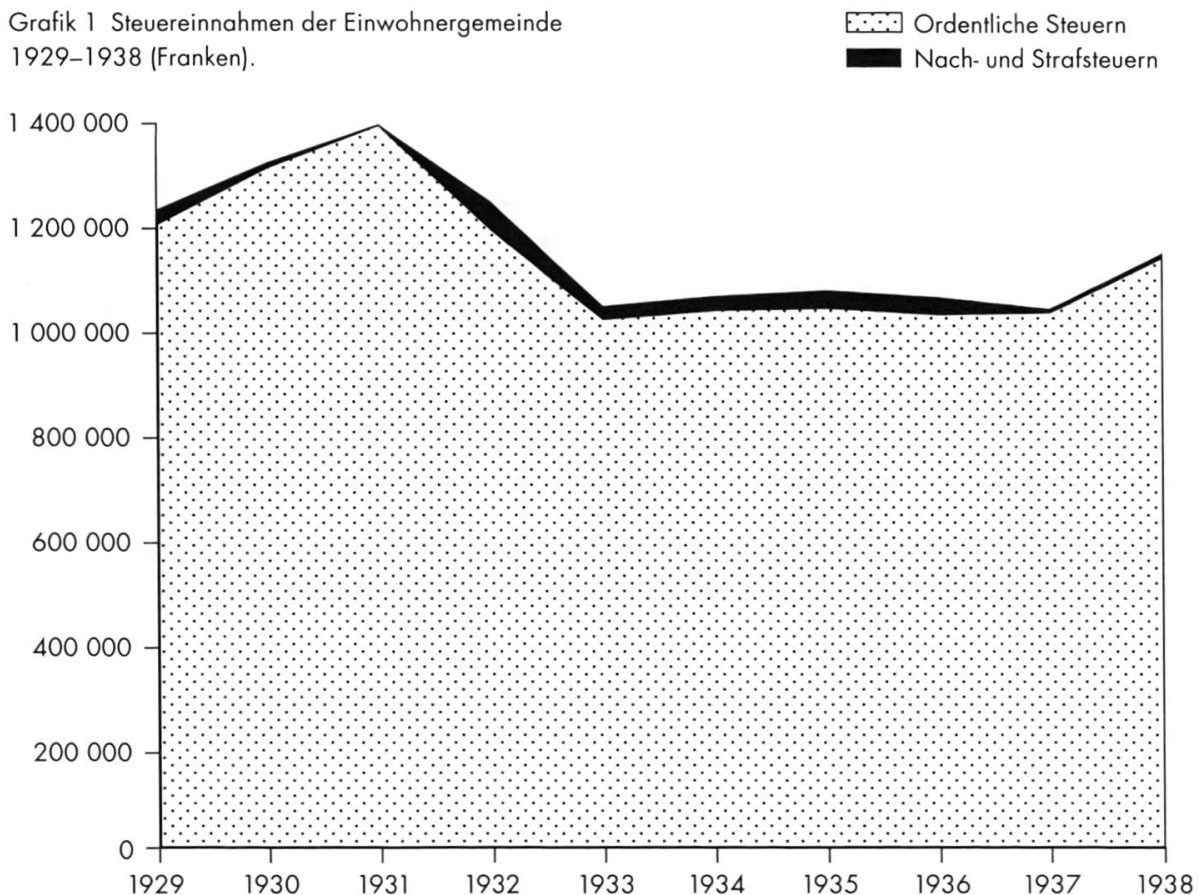
In diesem Abschnitt werden ausgewählte Kennzahlen über den ganzen Zeitraum hinweg betrachtet, und es wird untersucht, ob und wie sich ein Zusammenhang mit der Krise herstellen lässt. Dabei wird sich zeigen, dass die Krise gut erkennbar ist an den einbrechenden Steuereinnahmen und den zunehmenden Arbeitslosenzahlen sowie an neuartigen Krisen- und wachsenden Fürsorgeausgaben. Die Krise ist ausserdem spürbar bei den rückläufigen Schülerzahlen der Handwerkerschule, nicht aber bei den wachsenden Schülerzahlen der Bezirksschule und der Handelsschule.

Beim Städtischen Krankenhaus gibt es gar eine Überraschung: Patientenzahlen und Pflage tage stiegen ab 1933 deutlich an, nach baulichen Investitionen und mit einem neuen Chefarzt.

### Steuereinnahmen

Die Steuereinnahmen sind ein guter Indikator für die lokale Konjunktur, da ihre Berechnung auf den Geschäftsgewinnen der Unternehmungen sowie dem Erwerbseinkommen und Vermögen der privaten Haushalte basiert. Darüber hinaus sind sie einfach zu ermitteln: Ein Blick in die Jahresrechnung der Einwohnergemeinde genügt.

Grafik 1 Steuereinnahmen der Einwohnergemeinde 1929–1938 (Franken).



Die Steuereinnahmen (ordentliche Steuer plus Nach- und Strafsteuern) stiegen von 1,22 Millionen Franken im Jahr 1929 auf 1,38 Millionen Franken 1931, trotz Steuerreduktion 1930. Danach brachen sie ein auf 1,03 Millionen Franken im Jahr 1933 und verharrten – dank Steuererhöhung 1934 – bei rund einer Million in den Folgejahren. 1938 stiegen sie wieder auf 1,13 Millionen Franken an. Bemerkung: Nach- und Strafsteuern wurden nicht budgetiert, sie tauchen nur in den Jahresrechnungen auf, als unerwartete Einnahmen. So milderten sie 1932 und 1933 etwas den Steuereinbruch.

Die Steuereinnahmen sanken also zwischen 1931 und 1933 um 350 000 Franken, was einem Rückgang von 25 Prozent innerhalb von zwei Jahren entspricht! Verursacht wurde dieser heftige Einbruch durch die grossen Steuerzahler BBC und Mo-

tor-Columbus. 1930 hatten sie noch 195 000 Franken (BBC) beziehungsweise 207 000 Franken (Motor-Columbus) in die Stadtkasse gespült.<sup>34</sup> Als die Gewinne für die Unternehmen ausblieben, blieben auch die Steuern für die Stadt aus.

### *Arbeitslosenzahlen*

Der Stadtrat verlangte Mitte November 1931 nach den aktuellen Arbeitslosenzahlen für die Stadt und musste feststellen, dass die Badener Filiale des Kantonalen Arbeitsamtes nicht in der Lage war, diese zu liefern. Eine Umfrage der Stadtverwaltung unter den Badener Arbeitslosenkassen erbrachte nur die Anzahl unterstützter Arbeitsloser: 31 Personen. Die Stadtverwaltung etablierte daraufhin eine eigene Melde- und Zählstelle, die ab Dezember 1931 wöchentlich Zahlen lieferte. Danach waren Ende Dezember 80 Ganzarbeitslose und 115 Teilarbeitslose bei der Stadt gemeldet.

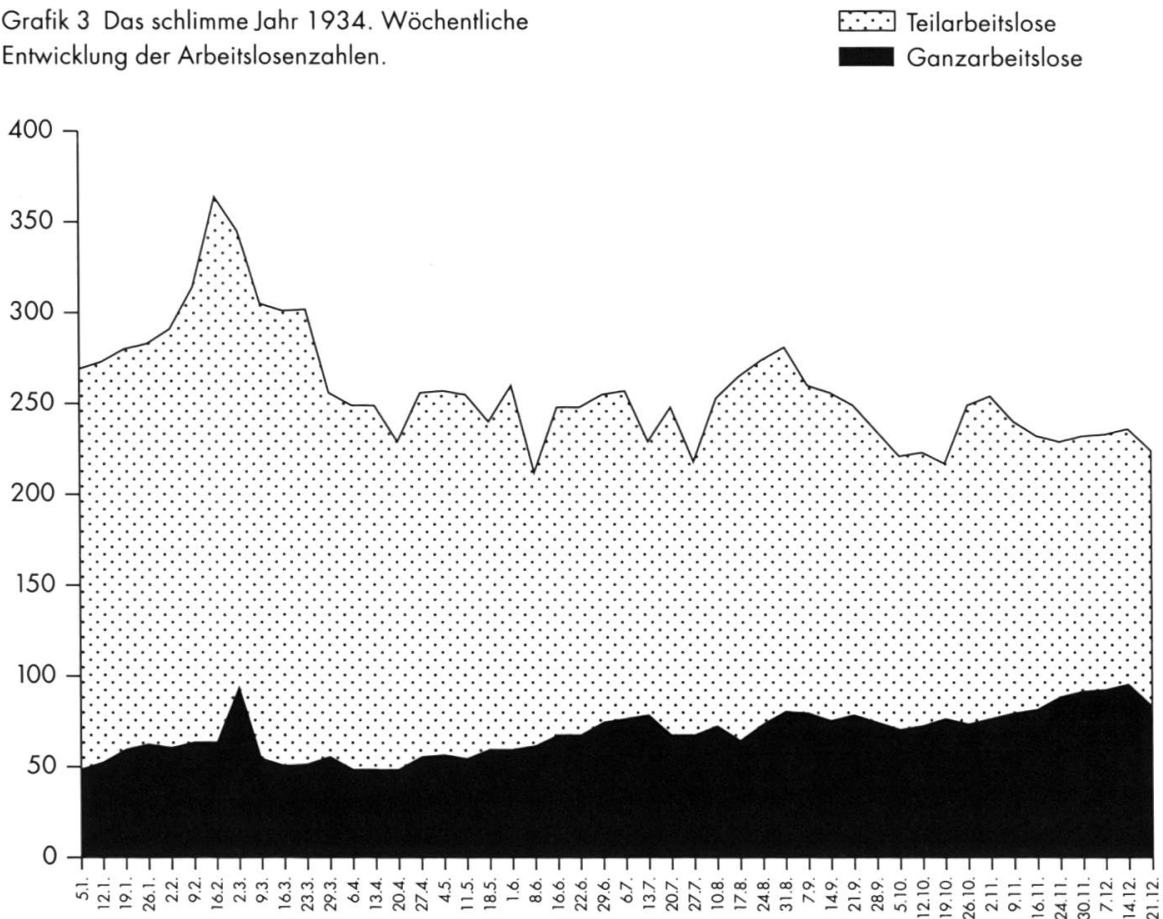
Was bedeuten die Zahlen – wie viele Menschen waren direkt oder indirekt von Arbeitslosigkeit betroffen? Die öffentliche Debatte um das verpönte «Doppelverdienstertum»<sup>35</sup> in den 1930er-Jahren lässt vermuten, dass sich höchstens eine Person pro Privathaushalt als arbeitslos bei der Stadt meldete. Es ist schwer vorstellbar, dass sich Ehemann und Ehefrau gleichzeitig meldeten, genauso wenig wie Vater und Sohn oder Bruder und Schwester, sofern sie zusammen wohnten und wirtschafteten. Ganz arbeitslos bedeutet wohl, dass der Haushalt über keinerlei Einkommensquellen mehr verfügte, und teilarbeitslos, dass die Einkommensquellen teilweise versiegt waren und nicht mehr genügten, um den Haushalt zu versorgen. So verstanden waren Anfang 1932 fast 200 Haushalte (in denen zwischen 600 und 800 Personen lebten) in Baden von Arbeitslosigkeit betroffen (Grafik 2). Nach einer kurzen Erholung stieg die Zahl auf über 250 Haushalte Anfang 1933, sank wieder, stieg aber danach sogar auf 270 Haushalte Anfang 1934. 1934 war das schlimmste Jahr, die Zahl verharrte auf hohem Niveau, bei rund 250 Haushalten. Erst ab 1935 gingen die Zahlen jedes Jahr zurück, wenngleich mit saisonalen Schwankungen: eine relative Spitze um die Jahreswechsel herum, ein relatives Tal in den Jahresmitten.

Innerhalb eines Jahres konnte es starke Schwankungen geben, wie die detaillierten Zahlen für 1934 zeigen (Grafik 3). Eine mögliche Erklärung ist, dass Leute, die in einem Notstandsprogramm untergebracht waren, für die Dauer ihres Einsatzes – einige Wochen oder Monate – nicht als arbeitslos gezählt wurden. Die Anzahl in Notstandsprogrammen beschäftigter Menschen lässt sich allerdings aus den verwendeten Quellen nicht ermitteln. Jedenfalls suchte im November 1934 der Stadtrat Beschäftigung für 100 Arbeitslose und machte sich stark für den Ausbau der Strasse von Baden nach Fislisbach als kantonales Notstandsprojekt.<sup>36</sup>

Grafik 2 Quartalsweise Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in Baden 1932 bis 1938.



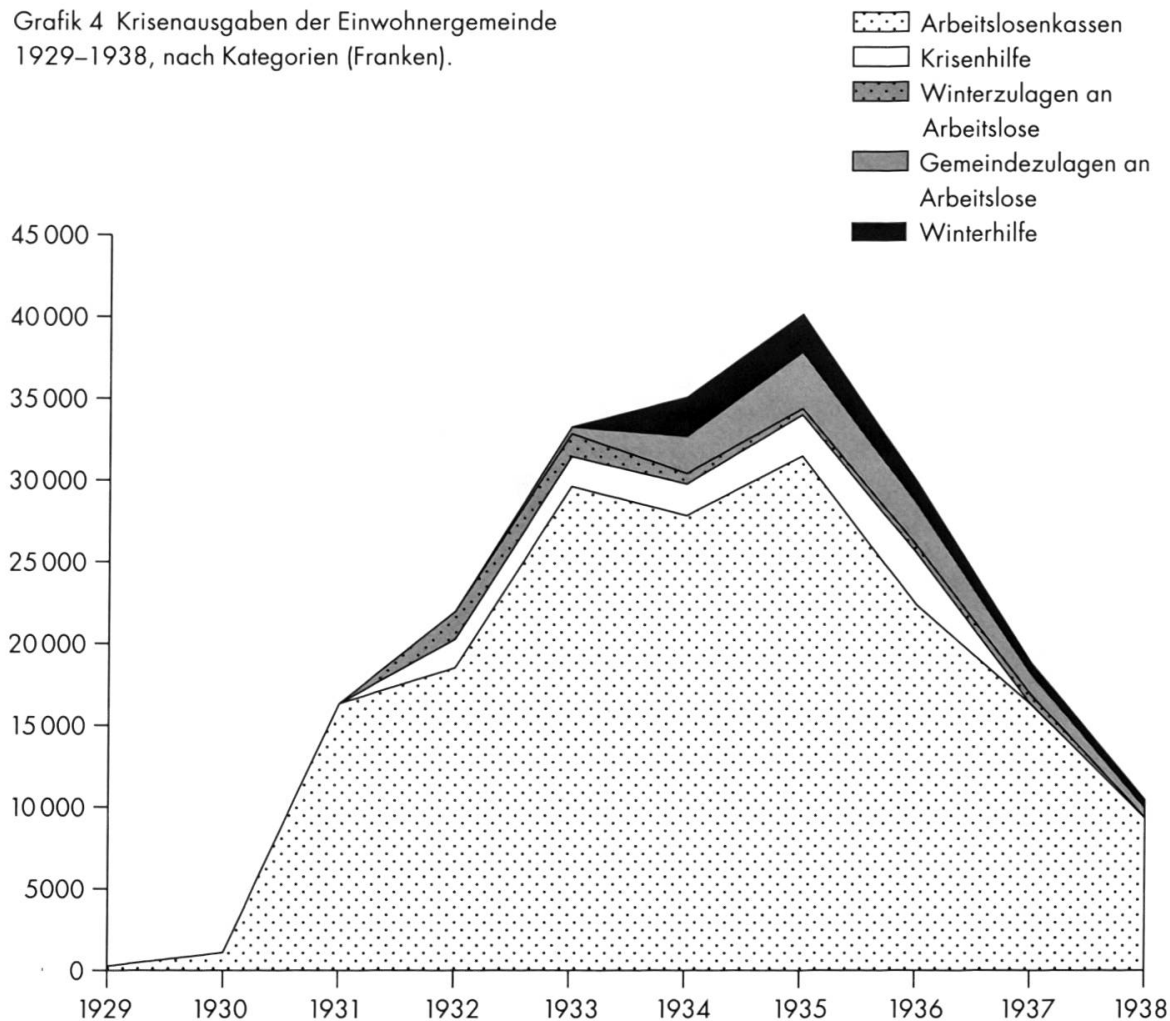
Grafik 3 Das schlimme Jahr 1934. Wöchentliche Entwicklung der Arbeitslosenzahlen.



## Krisenausgaben

Die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit war freiwillig und Sache von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Die grossen Arbeiterverbände führten eigene Arbeitslosenkassen, in denen sich ihre Mitglieder versichern lassen konnten. Im Raum Baden führten der Christliche Metallarbeiter Verband CMV, der Schweizerische Metall- und Uhrenarbeiterverband SMUV sowie der Verband der Bekleidungs- und Ausrüstungsindustriearbeiter eine derartige Kasse. Die Einwohnergemeinde subventionierte die ausbezahlten Beträge an Badener Versicherte zu 25 Prozent durch vierteljährliche Rückerstattungen an die Kassen. Diese Gemeindebeiträge waren vernachlässigbar klein in den Jahren 1929 und 1930, erfuhren dann aber einen sprunghaften Anstieg im Jahr 1931 auf 16 000 Franken. Ab 1932 entstand nach und nach ein ganzer Strauss von zusätzlichen Massnahmen, mit denen Gemeinden, Kantone und Bund die Not von Arbeitslosen und ihren Familien zu lindern versuchten. Diese Massnahmen hinterliessen ihre Spuren in den Ausgaben der Stadt. Die Krisenausgaben der Einwohnergemeinde erreichten ihr Maximum von 40 000 Franken im Jahr 1935 und gingen anschliessend wieder zurück auf 10 000 Franken im Jahr 1938 (Grafik 4).

Grafik 4 Krisenausgaben der Einwohnergemeinde 1929–1938, nach Kategorien (Franken).



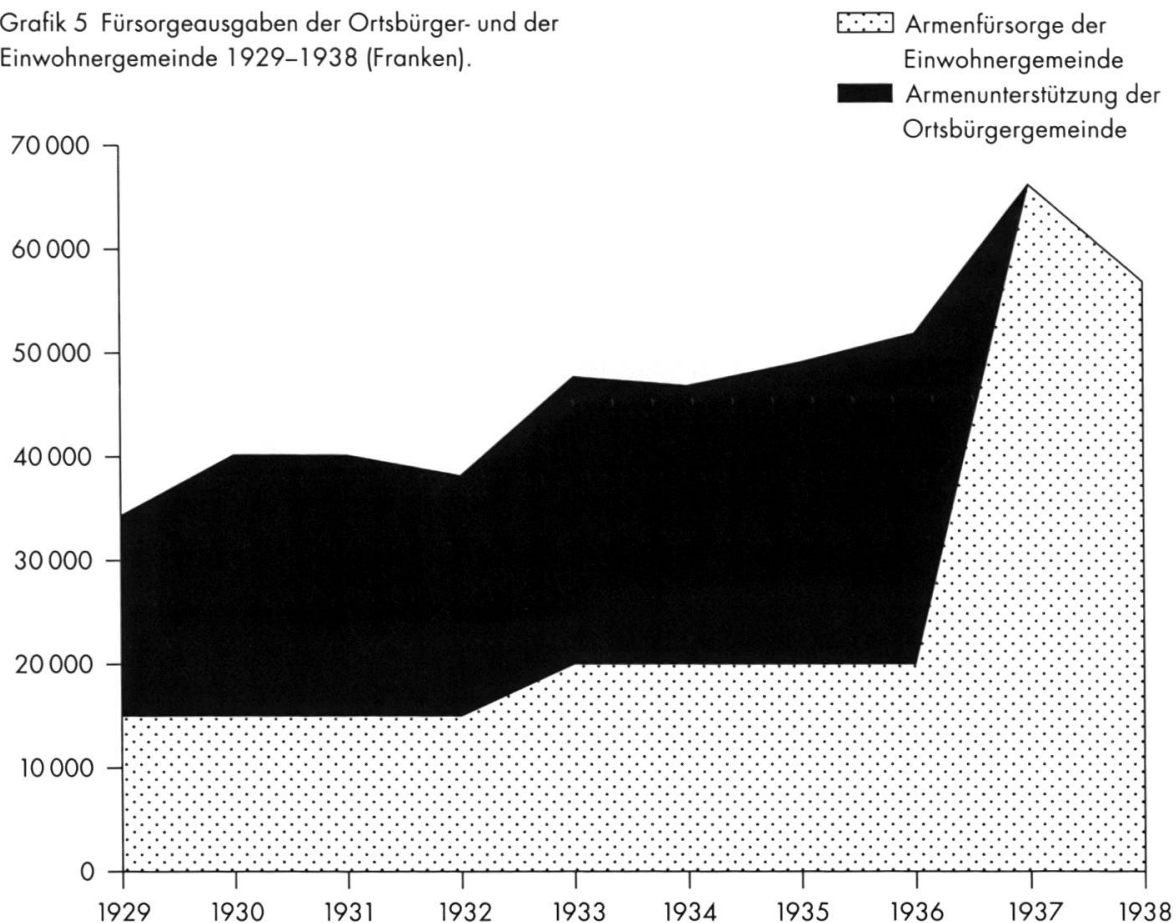


## Fürsorgeausgaben

Die Armen- und Altenfürsorge war Sache der Ortsbürgergemeinde. Sie kümmerte sich um diejenigen Badenerinnen und Badener, die ihren Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten konnten und auch keine Familienangehörigen hatten, die dafür aufkamen. Ab 1911 beteiligte sich die Einwohnergemeinde freiwillig mit regelmässigen Beiträgen an dieser Aufgabe. Die Leistungen der Armenpflege standen damit allen Badener Einwohnern zu, nicht nur Badener Bürgern. 1937 trat das neue kantonale Armengesetz in Kraft, das die Armenfürsorge als Aufgabe den Einwohnergemeinden in Zusammenarbeit mit dem Kanton zuwies. Der Kanton würde alle Ausgaben der Armenfürsorge übernehmen, die  $\frac{1}{2}$  Steuereinheit der jeweiligen Gemeinde überstiegen. Im Gegenzug erhöhte er die Staatssteuer von 2 auf  $2\frac{1}{2}$  Einheiten. Die Ortsbürgergemeinde überschrieb als Folge des neuen Gesetzes das Armengut der Einwohnergemeinde.

Nicht nur in den ausserordentlichen Krisenausgaben, sondern auch in den regulären Fürsorgeausgaben der Stadt machte sich die Krise bemerkbar: Die Ortsbürgergemeinde wendete im Jahr 1929 19 000 Franken auf, der Betrag stieg in den Folgejahren an und erreichte 1936 31 000 Franken. Diese Armenunterstützung wurde aus den Erträgen des Armenguts (Kapital und Gebäude) finanziert. Gleichzeitig bezahlte die Einwohnergemeinde in den Jahren 1929 bis 1932 je 15 000 Franken an die freiwillige Einwohnerarmenpflege. In den Jahren 1933 bis 1936 erhöhte sie ihre jähr-

Grafik 5 Fürsorgeausgaben der Ortsbürger- und der Einwohnergemeinde 1929–1938 (Franken).



lichen Beiträge auf 20 000 Franken. In den Jahren 1937 und 1938 setzte die Einwohnergemeinde Baden nur je  $\frac{1}{4}$  Steuereinheit als Gemeindebeitrag an die Armengutsverwaltung ein: 66 000 beziehungsweise 56 000 Franken. Als weitere reguläre Fürsorgeleistung ist die Unterstützung für Arbeitssuchende zu erwähnen. Seit 1904 gab es im Aargau ein Kantonales Arbeitsamt, das in Baden eine Zweigstelle betrieb. Das Amt hatte die Aufgabe, herumziehenden Wanderarbeitern und Wanderhandwerkern bei der Arbeitssuche mit Gratisverpflegung und durch die Vermittlung von Arbeitgebern zu helfen. Die Einwohnergemeinde leistete regelmässig Zahlungen an diese Institution: zwischen 2500 Franken im Jahr 1930 und 5900 Franken im Jahr 1934. Und als dritte Art von regulärer Fürsorgeleistung ist die Unterstützung für bedürftige Schulkinder zu nennen, die mit Speisung, Bekleidung und Schulzahnarzt versorgt wurden. Auch dieser Betrag stieg an: von 6800 auf 11 000 Franken.

### *Schülerzahlen*

Zwischen 720 und 780 Kinder besuchten die Gemeindeschule, etwa zur Hälfte Mädchen und Knaben. Die Zahl veränderte sich kaum im Laufe des Beobachtungszeitraumes, was damit zusammenhängt, dass die Einwohnerzahl durchgehend bei rund 10 000 Personen lag. Anders sah es bei der Bezirksschule aus. Die Schülerzahlen stiegen über den ganzen Beobachtungszeitraum an, trotz Wirtschaftskrise: von weniger als 500 im Jahr 1929 auf mehr als 600 im Jahr 1938. Bis 1937 besuchten mehr Knaben als Mädchen die Bezirksschule, 1938 erstmals mehr Mädchen als Knaben.

Die Handwerkerschule besuchten 1929 bis 1931 rund 1200 Schüler, etwas über 1100 Lehrlinge sowie 80 bis 90 Lehrtöchter. Ab 1931 besuchten 500 Lehrlinge von BBC die neu eröffnete, unternehmenseigene Lehrlingsschule statt der gemeindeeigenen Handwerkerschule.<sup>37</sup> 1934 hatte sich daher die Schülerzahl halbiert. Ausserdem konnten sich vermutlich einige Familien die Berufsausbildung ihrer Söhne nicht mehr leisten: Statt eine Ausbildung zu absolvieren, mussten sie bei der Sicherung des Familienverdienstes mithelfen. Die Zahl der Schülerinnen hingegen stieg an.

Die Handelsschule des Kaufmännischen Vereins konnte ihre Schülerzahlen trotz Einbruch im Jahr 1934 insgesamt steigern. Auffällig auch in diesem Schultyp ist die Zunahme von Schülerinnen. Es scheint, dass die Familien trotz Krise ihre Töchter vermehrt an eine weiterführende Schule schickten.

### *Patientenzahlen und Pflage tage*

An den Kennzahlen fürs Städtische Krankenhaus ist die Krise nicht abzulesen. Die Anzahl Patienten wie auch die Anzahl Pflage tage gingen zwar zwischen 1929 und 1931 zurück, von 1200 auf 1000 Patienten und von 29 000 auf 22 000 Pflage tage. Die Anzahl Geburten im Krankenhaus hingegen blieb im selben Zeitraum stabil: Sie lag bei rund 220.<sup>38</sup> Ab 1933 gab es eine Erneuerungswelle im Krankenhaus: Anschaffung neuer Geräte, Renovation ausgewählter Räume, Ausbau der Wöchnerinnenabteilung, Reorganisation der ärztlichen Leitung. Mit dem Amtsantritt des neuen Chef-

arztes 1934 ging es wieder aufwärts, deutlich zu sehen an den Kennzahlen: Die Patientenzahlen stiegen von 1300 (1935) auf 2100 (1938) und die Pflage tage von 33 000 (1934) auf 51 000 (1938). Auch die Anzahl Geburten nahm wieder zu: 1937 waren es nur 180, 1938 bereits wieder 260.<sup>39</sup>

### **1929–1931: Die Stadt boomt**

Im Jahr 1929 ging es der Stadt richtig gut: Gewerbe und Industrie schufen neue Arbeitsplätze, überall wurde gebaut und neu eröffnet, die Steuern spülten viel Geld in die Stadtkasse. Die Auswirkungen des Schwarzen Freitags machten sich erst im Folgejahr in Europa bemerkbar und erreichten im Laufe des Jahres 1931 auch die Stadt Baden. Die wirtschaftliche Stimmung wechselte zwischen 1929 und 1931 von euphorischem Aufbruch zu vorsichtigem Abwarten und ersten Krisenvorbereitungen.

Im Frühling 1929 schrieb der Stadtrat im Bericht zum vergangenen Verwaltungsjahr: «Das Jahr 1928 hat den wirtschaftlichen Aufschwung, der sich im Vorjahr ankündigte, weiter entfaltet. Die erfreuliche Entwicklung der hiesigen Hauptindustrien gab sich nach aussen schon durch eine erhebliche Steigerung der Angestellten- und Arbeiterzahlen zu erkennen.»<sup>40</sup> Im April 1929 bezogen die Nordostschweizerischen Kraftwerke (NOK) ein neues Verwaltungsgebäude an der Parkstrasse.<sup>41</sup> Im Juni desselben Jahres informierte BBC, dass Aktionäre mit einer Dividende von 9 Prozent rechnen konnten, 1 Prozentpunkt mehr als im Vorjahr.<sup>42</sup> Ausserdem kündigte BBC die Eröffnung einer betriebseigenen Lehrlingsschule an, wodurch die Schülerzahl an der städtischen Handwerkerschule von zirka 1000 auf rund 500 fallen würde.<sup>43</sup>

Auf dem Fabrikareal der BBC entstanden 1929 grosse Neubauten. Und im Oktober 1929 war der Baubeginn für ein neues Postgebäude am Bahnhof. Alles in allem bewilligten die Gemeinden Baden, Ennetbaden und Wettingen im Jahr 1929 133 Wohnbauten mit 216 Wohnungen.<sup>44</sup> Der Stadtrat kommentierte das Jahr 1929 im Rückblick wie folgt: «Der wirtschaftliche Aufschwung [...] hat angehalten.» Und vermerkte stolz, dass die Zahl der Arbeiter in Badener Betrieben um 500 auf 5561 gestiegen war.<sup>45</sup>

Die rege Bautätigkeit hielt in der Region auch im Jahr 1930 an: Im Februar eröffnete die Stadt das neue Bezirksschulhaus Burghalde, und im Juli begann das Elektrizitätswerk Zürich (EWZ) mit dem Bau des Kraftwerks Wettingen.<sup>46</sup> Inzwischen hatte die Wirtschaftskrise Europa erreicht. Der Chronist der Badener Neujahrsblätter notierte im September 1930: «In den meisten Ländern setzt langsam eine empfindliche Wirtschaftskrise ein, begleitet von beängstigender Arbeitslosigkeit. Die Schweiz ist verhältnismässig noch wenig betroffen.»<sup>47</sup>

Im Frühling 1931 war jegliche Euphorie aus den Erläuterungen des Stadtrats verschwunden: «Im Bericht über das Verwaltungsjahr 1929 konnte festgestellt werden, dass der wirtschaftliche Aufschwung vom Vorjahr angehalten habe. Das Jahr 1930 brachte ihn zum Stillstand.» Dazu passte, dass im Jahr 1930 die Zahl der Arbeiter in Badener Betrieben auf 5172 zurückging, was den Zuwachs von 1929 so gut wie rückgängig machte.<sup>48</sup> Der Chronist schrieb denn auch im Juli: «Die allgemeine Krise

fängt auch unser Land schwer zu bedrängen an.» Trotzdem oder gerade deswegen: Im August 1931 öffnete das erste Migros-Geschäft in Baden seine Türen.<sup>49</sup>

Zur Förderung und Steuerung der Bautätigkeit hatte der Stadtrat bereits 1928 ein Bebauungsplanwerk erstellen und von der Gemeindeversammlung nebst diversen Landkäufen und Strasseninstandstellungskrediten genehmigen lassen. Im Herbst 1929 legte er eine Liste wichtiger Bauvorhaben vor, gegliedert nach zeitlicher Priorität. Als kurzfristig zu realisierende Projekte nannte er die Verbesserung der Bruggerstrasse, die Herrichtung des Schademühlenplatzes, die Unterbringung der Handwerkerschule sowie neue Schulräume für die Handelsschule des Kaufmännischen Vereins. Zu den mittel- und langfristigen Projekten gehörten der Bau eines Schlachthauses, die Torerweiterung beim Stadtturm und die Beseitigung von Bahnübergängen, die Verlegung des Schiessplatzes auf dem Belvédère, die Errichtung einer zweiten Badeanstalt und die Verlegung des Friedhofs.<sup>50</sup>

Der Stadtrat errichtete 1929 einen Steuerreservefonds, um «in den ‹fetten› Jahren etwas Vorräte für [...] Zukunftsaufgaben zu sammeln», und dotierte ihn mit 50 000 Franken zulasten der Jahresrechnung.<sup>51</sup> Ausserdem schuf er einen «Fonds für Leistungen der Gemeinde an die Durchführung der Kranken-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung», der durch Eingänge an Erbschaftssteuern plus Kapitalzinsen geäuft werden sollte.<sup>52</sup> Die erste Einzahlung betrug 17 342 Franken (Erbschaftssteuern 1928); Ende 1929 betrug das Fondsvermögen bereits 41 000 Franken. 1933 wurde der Fonds in «Sozialfonds» umbenannt.

Der Überschuss in der Jahresrechnung der Stadt hatte bereits in der Budgetgemeinde im Dezember 1927 zur Forderung nach einer Senkung der Gemeindesteuer geführt. Zwei Jahre später, im Herbst 1929, gab der Stadtrat nach: Fürs Jahr 1930 wurde die Gemeindesteuer moderat von 3½ auf 3⅜ Einheiten gesenkt, was einer Reduktion von 3,5 Prozent entspricht.<sup>53</sup> Als Reaktion auf die veränderte Wirtschaftslage legte sich die Stadt Zurückhaltung beim Bauwesen auf und beschloss im Herbst 1930, das im Vorjahr präsentierte Bauprogramm erst weiterzuverfolgen, wenn sich die Wirtschaftslage wieder normalisiert habe. Denn: «Der Gemeinderat hält dafür, es sei vorsichtiger, auf eventuelle Folgen der Krise gefasst zu sein, als sich von ihnen überraschen zu lassen.» Trotzdem realisierte die Stadt diverse Tiefbauprojekte, weil die ausgedehnte Bautätigkeit Privater zum raschen Ausbau des Kanalisationsnetzes und der Trottoirs zwang.<sup>54</sup>

Angesichts des wirtschaftlichen Stillstands beschloss die Stadt im Frühling 1931, im Bauwesen nur noch laufende Verpflichtungen zu erfüllen, bereits begonnene Projekte zu vollenden und Vorbereitungen für neue Bauprojekte zu treffen. Dazu gehörten die Instandstellung des alten Schulhauses für weitere Klassen der Gemeindegemeinschaft, Studien zu einem Volksschwimmbad und weitere Abklärungen zum Bau eines Schlachthauses. Die Verlegung des Friedhofs, die Verlegung des Schiessplatzes sowie der Anschluss der Gemeinde Wettingen an die Badener Kanalisation mussten warten.<sup>55</sup>

Die Hochkonjunktur hinterliess ihre Spuren im Finanzhaushalt der Stadt, wie folgende Übersicht zeigt:<sup>56</sup>

1929

Trotz Errichtung eines Steuerreservefonds und Einzahlung in den Sozialfonds erzielte der Gemeindehaushalt einen Überschuss von 100 000 Franken. Bei den Einnahmen lieferten die Steuern (ordentliche plus Nach- und Strafsteuern) mit 1,22 Millionen Franken den grössten Beitrag. Hinzu kam, neben weiteren kleinen Einnahmeposten, ein Betriebsüberschuss der Städtischen Werke in der Höhe von 110 000 Franken.

Bei den Ausgaben sind folgende Positionen interessant: der Schuldendienst (Zins plus Amortisation) in der Höhe von 229 000 Franken, der Beitrag ans städtische Krankenhaus von 35 000 Franken, Unterstützung für Arbeitssuchende (Naturalverpflegung und Arbeitsamt) in der Höhe von 2900 Franken, der Beitrag an die Einwohnerarmenpflege von 15 000 Franken und die Ausgaben für bedürftige Schulkinder (Speisung, Bekleidung, Schulzahnarzt) von 6800 Franken. Bei den Sozialausgaben darf übrigens der Beitrag der Ortsbürgergemeinde nicht vergessen gehen: 19 000 Franken, die aus dem Ertrag des Armenguts finanziert wurden.

Bemerkenswert sind die hohen Aufwendungen für Schulbauten: Der Kostenanteil der Stadt für den Neubau Bezirksschulhaus betrug 1,5 Millionen Franken. Zur Finanzierung musste sie ein Darlehen von 1,275 Millionen Franken aufnehmen. Den Rest konnte sie aus der laufenden Rechnung decken, ebenso wie die Instandstellung der Gemeindeschule für 80 000 Franken und den Kostenbeitrag von 40 000 Franken an das neue Handelsschulgebäude des Kaufmännischen Vereins.

1930

Trotz Steuersenkung legten die Steuereinnahmen gegenüber dem Vorjahr um 100 000 Franken zu. Und trotz Mehrausgaben im Schuldendienst und bei der Schulverwaltung betrug der Überschuss des Gemeindehaushalts 31 000 Franken.

Die Vermögensverhältnisse der Einwohnergemeinde präsentierten sich wie folgt: Das Finanzvermögen (liquide Mittel, Fondsvermögen, ertragsabwerfende Liegenschaften) betrug rund 2,7 Millionen Franken, das Verwaltungsvermögen (Mobiliar, Gebäude und Grundstücke ohne Rendite) zirka 3,2 Millionen Franken. Diesen Aktiven standen Passiven im Wert von 5,5 Millionen Franken gegenüber.<sup>57</sup>

1931

Die Steuereinnahmen stiegen ein weiteres Mal gegenüber dem Vorjahr an, um 80 000 Franken. Der Überschuss des Gemeindehaushalts betrug 33 000 Franken, trotz erhöhten Ausgaben für das Städtische Krankenhaus und dem sprunghaften Anstieg des Beitrags an die Arbeitslosenkassen (von 1000 auf 16 000 Franken). Auffällig ist, dass sich die Krise bis 1931 bei den Steuereinnahmen der Stadt nicht bemerkbar machte, obwohl die Beschäftigung schon 1930 rückläufig war.

## 1931–1933: Die Stadt kämpft um ihre Balance in Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik

Das Jahr 1931 präsentierte sich zwiespältig: Teile der Wirtschaft – die exportorientierten Unternehmen und ihre Zulieferer – spürten bereits die Auswirkungen der Wirtschaftskrise, für binnenorientierte Unternehmen und fürs lokale Gewerbe hingegen änderte sich wenig, und die Stadt freute sich über hohe Steuereinnahmen. Das änderte sich dramatisch im Jahr 1932: Die Stadt musste vom einen Verwaltungsjahr zum nächsten mit deutlich geringeren Einnahmen auskommen und ihre Ausgaben substanziell reduzieren. Die Anpassung des Finanzhaushalts verlief harzig: Der Stadtrat schaffte es erst beim zweiten Anlauf, im Herbst 1933, die Gemeindeversammlung von der Notwendigkeit von Steuererhöhungen und Lohnreduktionen fürs städtische Personal zu überzeugen.

Zwar konnte BBC noch im Mai 1931 die Eröffnung der eigenen Lehrlingsschule verkünden, aber in der zweiten Hälfte des Jahres häuften sich die Hiobsbotschaften vom grössten Arbeitgeber und zweitgrössten Steuerzahler der Stadt. Im Oktober gab BBC zusätzlich zur Arbeitsreduktion einen generellen Lohnabbau bekannt: fünf bis zehn Prozent weniger für Angestellte, null bis zwölf Rappen pro Stunde weniger für Arbeiter, acht Prozent weniger bei den Akkordansätzen.<sup>58</sup> Und im November wurde die Arbeitszeit für 800 Arbeiter bei «TF» auf drei Tage pro Woche halbiert – mit entsprechender Lohnreduktion.<sup>59</sup>

Der Stadtrat schrieb denn auch in seinen Erläuterungen zum Voranschlag 1932: «Im Laufe des Jahres 1931 haben sich die allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse wesentlich verschlechtert. Diese Depression wird sich vor allem im Rückgang des Steuerertrages auswirken.» Die Verwaltung rechnete fürs Folgejahr mit einem Steuerausfall von ungefähr 150 000 Franken wegen Arbeitslosigkeit, Lohnabbau und anderen Folgen der Krise.<sup>60</sup> Auch der Fremdenverkehr war vom Rückgang betroffen: Die Anzahl Gäste ging von knapp 5700 (1930) auf rund 4600 (1931) zurück; insgesamt wurden gegenüber dem Vorjahr 17 000 Kurtage weniger gebucht.<sup>61</sup>

Im Jahr 1932 setzte sich die Talfahrt der exportorientierten Wirtschaft fort. Im April meldete BBC, dass sie das Geschäftsjahr nach Verbrauch aller Reserven mit einem Verlust von 7,5 Millionen Franken abschliessen werde. Im Juni wurden alle BBC-Angestellten in 14-tägige Zwangsferien geschickt, mit entsprechendem Lohnabbau.<sup>62</sup>

Die Motor-Columbus AG meldete im Oktober fürs Geschäftsjahr 1931/32 einen Verlust von 66 Millionen Franken wegen Währungsentwertung, der nur zur Hälfte durch Geschäftsgewinn und Reserven gedeckt war.<sup>63</sup>

Der Stadtrat notierte im Bericht über das Verwaltungsjahr 1932: «Mussten schon 1931 die Wirkungen des wirtschaftlichen Rückschlages vermerkt werden, so war 1932 bereits ein eigentliches Notstandsjahr.»<sup>64</sup> Der Lebenskostenindex in der Schweiz fiel im selben Jahr von 144 auf 135 Punkte: Deflation.<sup>65</sup>

Fürs Folgejahr war keine Besserung in Sicht. Schon im Herbst 1932 hatte der Stadtrat in seinen Erläuterungen zum Budget vermerkt: «Leider sind die wirtschaft-

lichen Aussichten für das Jahr 1933 bei Aufstellung des Voranschlages keine besseren als vor einem Jahr. Das wirkt sich auf der Einnahmen- sowie Ausgabenseite des Budgets aus.» Die Stadt musste sich auf einen weiteren substanziellen Rückgang der Steuern einstellen, denn die Krise bei BBC würde sich in vollem Masse bei der Steuer auswirken.<sup>66</sup> Und so kam es auch: BBC schloss das Geschäftsjahr 1932/33 mit einem Verlust von sechs Millionen Franken ab.<sup>67</sup> Die Steuereinnahmen gingen ein zweites Mal in Folge zurück, um weitere 150 000 Franken.

Ab Mitte 1931 musste sich die Stadt mit dem Thema Arbeitslosigkeit auseinandersetzen. Genauer: mit der Beschäftigung und finanziellen Unterstützung von Arbeitslosen. So liess sie im Herbst 1931 den Spielplatz beim Schadenmühleplatz von Arbeitslosen fertigstellen.<sup>68</sup> Ausserdem subventionierte die Stadt die Arbeitslosenkassen durch die Rückerstattung von 25 Prozent der an Badener Versicherte ausbezahlten Leistungen.

Im November 1931 waren bei den Arbeitslosenkassen mit Badener Versicherten nur gerade 31 Personen gemeldet. Da aber nur eine Minderheit der Erwerbstätigen überhaupt gegen Arbeitslosigkeit versichert war, war diese Zahl wenig aussagekräftig. So richtete die Verwaltung auf Anordnung des Stadtrats eine eigene Stelle zur Erfassung der Arbeitslosen ein. Ende Dezember hatten sich bei dieser Melde- und Zählstelle rund 200 Personen gemeldet. Ab Anfang 1932 liess sich der Stadtrat jede Woche bei seinen regulären Arbeitssitzungen über die Zahl von Ganz- und Teilarbeitslosen informieren!<sup>69</sup>

Mit Andauern der Krise wurden ab 1932 zugunsten der von Arbeitslosigkeit Betroffenen zusätzliche Massnahmen ergriffen. Neben den Gemeinden richteten auch die betroffenen Kantone und der Bund Programme zur finanziellen Unterstützung von Arbeitslosen ein. Ab 1932 richtete der Kanton Aargau Winterzulagen für Arbeitslose aus. Im selben Jahr gab es erstmals Krisenunterstützung für ausgesteuerte Arbeitslose der Uhrenindustrie, der Maschinen- und Metallindustrie sowie der Schuh- und Textilindustrie. 1933 führten Kantone und Gemeinden die ausserordentliche Winterhilfe für nichtversicherte Arbeitslose sowie Arbeitslose anderer Branchen ein.<sup>70</sup>

In Ergänzung zur finanziellen Unterstützung von Arbeitslosen versuchte die Stadt, durch kluge Investitionen Arbeit und Verdienst zu schaffen, wie sie im Bericht über das Verwaltungsjahr 1931 darlegte: «Der Stillstand der Wirtschaft, wie er 1930 beobachtet worden war, schlug in einen Rückgang um. Dessen Auswirkung trat aber 1931 selbst noch nicht stark in Erscheinung. Doch schien es gegeben, die grossen Bauprojekte der Gemeinde zu fördern, um beim Eintritt einer Arbeitskrise wenigstens von gemeindewegen Arbeitsmöglichkeiten zu bieten.»<sup>71</sup>

Im Juli 1931 beschloss die Einwohnergemeinde den Bau des Schlachthauses mit Zufahrtsstrasse für 1,2 Millionen Franken sowie den Kauf des Lindenguts beim Spital für 140 000 Franken. Ausserdem hiess sie eine Beteiligung an den Kosten für den Umbau des Kurhauses gut: zehn Jahre lang je 10 000 Franken. Daraufhin beschloss die Ortsbürgergemeinde im September 1931 den Umbau des Kurhauses für knapp 900 000 Franken.<sup>72</sup>

Im Folgejahr ging es ähnlich weiter: Im Juni 1932 hiess die Gemeindeversammlung die Erstellung eines Verwaltungsgebäudes für die Städtischen Werke mit Kosten von einer Million Franken gut. Im selben Monat wurde der Umbau des Kurhauses abgeschlossen.<sup>73</sup> Und im Oktober konnte die Stadt das neue Schulhaus St. Ursus dem Kaufmännischen Verein übergeben.<sup>74</sup>

Die Stadt setzte auch 1933 ihre antizyklische Investitionspolitik fort: Im Februar beschloss die Einwohnergemeindeversammlung den Bau einer Schwimmbadanlage und bewilligte dafür einen Kredit von 550 000 Franken. Im Juli nahm das neue Schlachthaus seinen Betrieb auf.<sup>75</sup>

Die kräftigen Investitionen der Jahre 1931 bis 1933 dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Stadt gleichzeitig bemüht war, ihre fixen Ausgaben aufs Notwendige zu beschränken, was ihr allerdings nur teilweise gelang. Denn Beschlüsse der Gemeindeversammlung und kantonale Gesetze führten zu Mehrausgaben. So war die Stadt gesetzlich verpflichtet, zwischen 1932 und 1936 dem Staat Aargau rund 15 000 Franken pro Jahr für den Ausbau der kantonalen Krankenanstalt (das spätere Kantonsspital) abzuliefern.<sup>76</sup>

Auch die Gemeindeversammlung agierte inkonsequent: Schon im Dezember 1931 hatte sie dem Stadtrat den Auftrag erteilt, einen Vorschlag zur Reduktion der Besoldung für Gemeindefunktionäre vorzubereiten, und im Juni 1932 hatte sie einen Lohnabbau für städtische Angestellte von fünf Prozent ab 1933 beschlossen. Dennoch kam es an der entscheidenden Budgetversammlung anders: Die Gemeindeversammlung genehmigte zwar das Budget fürs Jahr 1933, lehnte aber Steuererhöhung und Salärreduktion knapp ab! Der Chronist notierte denn auch im Dezember 1932: «Wir gehen einer schweren Zukunft entgegen.»<sup>77</sup> Erst nach einem weiteren Krisenjahr, im Herbst 1933, würde sich der Stadtrat bei den Stimmberechtigten durchsetzen können.

Auch im Finanzhaushalt der Stadt zeichnete sich der Ausbruch der Krise ab:

### 1932

Die Steuereinnahmen brachen ein: minus 200 000 Franken ordentliche Steuern gegenüber dem Vorjahr. Dieser Rückgang wurde gedämpft durch den Eingang von Nach- und Strafsteuern im Betrag von 52 000 Franken. Dank der Erhöhung des Betriebsüberschusses der Städtischen Werke um 50 000 Franken schloss der Gemeindehaushalt trotz Mehrausgaben bei der Krisenunterstützung (Gemeindebeiträge an kantonale und eidgenössische Krisenbewältigungsprogramme) und bei der Gesundheit (Gemeindebeitrag an die Erweiterung der Kantonalen Krankenanstalt) mit einer «schwarzen Null» ab.

### 1933

Die Steuereinnahmen brachen weiter ein: minus 170 000 Franken gegenüber dem Vorjahr, dieses Mal weniger abgedeckt durch Nach- und Strafsteuern, die 24 000 Franken einbrachten. Die Ausgaben für die Schulverwaltung und der Gemeindebei-



trag ans Städtische Krankenhaus wurden gekürzt, aber der Beitrag an die Einwohnerarmenpflege musste von 15 000 auf 20 000 Franken erhöht werden. Zur Begleichung der Krisenausgaben in der Höhe von 33 000 Franken wurde auf den Sozialfonds zurückgegriffen: 24 000 Franken stammten von dort. Der Gemeindehaushalt schloss mit rund 7500 Franken im Minus ab, mit einer «roten Null». Das Defizit wurde mit Mitteln aus dem Steuerreservfonds gedeckt.

Hierbei lässt sich spekulieren, ob der Stadtrat nicht absichtlich für einen negativen Saldo der Jahresrechnung 1933 sorgte, um den Stimmberechtigten im Nachhinein zu zeigen, dass die Ablehnung der Steuererhöhung/Salärreduktion im Herbst 1932 ein Fehler gewesen war. Einen Negativsaldo bei der Jahresrechnung würde der Stadtrat nämlich erst wieder per 1937 vorlegen und ihn wegen der optimistisch stimmenden Wirtschaftslage einfach aufs Folgejahr übertragen!

### **1933–1937: Die Stadt lernt, mit der Krise zu leben**

Ende 1933 hatte die Stadt ihre Lektion gelernt und begann die Krise als neue Normalität zu akzeptieren: Die Gemeindeversammlung stimmte einer Steuererhöhung zu, die Stadt organisierte eigene Notstandsarbeiten in Ergänzung zu den Krisenprogrammen von Kanton und Bund, und der Stadtrat bemühte sich, mit einer Fülle von sozialpolitischen Einzelmassnahmen die Not betroffener Haushalte zu lindern. In diesen Jahren fanden diverse grosse Bauprojekte ihren Abschluss und konnten dem Betrieb übergeben werden: der Kursaal, das Schlachthaus, das Schwimmbad und das Verwaltungsgebäude der Städtischen Werke. Der Einbruch der Steuereinnahmen wurde gestoppt; sie pendelten sich bei rund einer Million Franken pro Jahr ein.

Schon bei der Präsentation des Budgets im Herbst 1933 schrieb der Stadtrat ahnungsvoll: «Bei der Aufstellung des Budgets wurde angenommen, dass für das Jahr 1934 mit der Fortdauer der wirtschaftlichen Krise zu rechnen sei.»

Damit sollte er recht behalten: BBC verzeichnete fürs Geschäftsjahr 1933/34 wiederum einen Betriebsverlust, diesmal von sechs Millionen Franken. Der Verlust wurde durchs schlecht gehende Exportgeschäft verursacht.<sup>78</sup> Auch die Motor-Columbus AG fuhr bei ausländischen Beteiligungen Verluste ein. So informierte die Gesellschaft im November 1934, dass sie fürs abgelaufene Geschäftsjahr keine Dividende auszahlen könne.<sup>79</sup>

Fürs Jahr 1935 war keine Besserung in Sicht, wie der Stadtrat im Voranschlag ausführte: «Die wirtschaftliche Krise hat sich 1934 im Gemeindehaushalt noch stärker fühlbar gemacht als im Vorjahr, und für 1935 sind leider keine günstigeren Anzeichen vorhanden.»

Und so kam es auch: Im Januar erklärte BBC eine Lohnreduktion wegen schlechter Exportpreise und schloss das Werk Münchenstein (Baselland). Trotzdem schloss BBC das Geschäftsjahr 1934/35 mit 1,9 Millionen Franken Verlust ab. Der Chronist notierte fürs Jahr 1935, dass die betriebs- und konkursamtlichen Steigerungen wegen der schlechten Wirtschaftslage zugenommen hatten.<sup>80</sup>

Fürs Jahr 1936 war weiterhin keine Veränderung in Sicht. Der Stadtrat schrieb in seinen Erläuterungen zum Budget: «Der Voranschlag für das Jahr 1936 hat mit ähnlichen wirtschaftlichen Verhältnissen zu rechnen, wie wir sie im laufenden Jahre haben.»

Im Juli 1936 legte BBC im Jahresbericht dar, dass keine Besserung, sondern eher eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage eingetreten sei. Auch beim Fremdenverkehr war die Anzahl Logiernächte rückläufig: von rund 60 000 Nächten im Jahr 1935 auf etwas über 54 000 im Jahr 1936.<sup>81</sup>

Im Herbst kam es endlich zum Befreiungsschlag: Die Nationalbank wertete am 26. September 1936 den Schweizer Franken um 30 Prozent ab, um die Export- und Tourismusindustrie zu fördern und so der hartnäckig über Jahre andauernden Depression ein Ende zu bereiten.

In der städtischen Finanzpolitik setzte sich im zweiten Anlauf der Vorschlag des Stadtrats durch: Per 1934 wurde zum einen die Gemeindesteuer von 3 auf 3¾ Einheiten erhöht – ein Plus von elf Prozent; zum anderen wurde der Lohn aller städtischen Angestellten und Arbeiter um sieben Prozent gekürzt. Bei Alleinstehenden blieb ein Existenzminimum von 1600 Franken vom Abzug verschont, und bei Verheirateten sollte der Gesamtlohn nicht unter 3200 Franken sinken. Auch die Sitzungsgelder städtischer Kommissionen wurden um 20 Prozent reduziert.<sup>82</sup>

Die Stadt hatte in den vergangenen Jahren diverse unternehmerische Projekte in Gang gebracht, die jetzt erste Früchte trugen – allerdings nicht immer die erwünschten. Der neue Kursaal war im Sommer 1932 eröffnet worden. Eine ungarische Kapelle sollte 1934 neues Leben in den Betrieb bringen.<sup>83</sup> Trotzdem musste die Ortsbürgergemeinde im Folgejahr einen starken Rückgang bei den Einnahmen aus Kurbetrieb, Roulettespiel und Kurtaxen hinnehmen.<sup>84</sup> Die Einwohnergemeinde erhöhte daraufhin ihren Beitrag.<sup>85</sup> Das genügte aber nicht: Im Dezember 1936 beschloss die Ortsbürgergemeinde eine Reduktion des Bürgernutzens um 30 Franken oder drei Ster Holz, um das Defizit des Kurhauses zu decken.<sup>86</sup> Erfreulicher sah es beim Schlachthaus aus: Nach der Eröffnung im Juli 1933 konnte es in den Jahren 1934 und 1935 Schuldzins und Amortisation in der Höhe von je zirka 70 000 Franken aus dem laufenden Betrieb decken. Im Jahr 1936 verfehlte es dieses Ziel nur knapp.<sup>87</sup> Weniger gut sah die Bilanz beim Terrassenschwimmbad aus. Zwar war 1934 ein gutes Jahr fürs neue Schwimmbad: Es konnte im Monat nach der Eröffnung fast 4000 Besucher verzeichnen und in der Folge Schuldzinsen und Amortisation aus dem Betriebsertrag begleichen.<sup>88</sup> Doch dies änderte sich in den Folgejahren: 1935 benötigte es einen Gemeindezuschuss von 8000 Franken, in den Jahren 1936 und 1937 sogar je 14 000 Franken.<sup>89</sup>

Der rentabelste Betrieb der Stadt waren die Städtischen Werke. Im September 1934 feierten sie die Fertigstellung des neuen Verwaltungsgebäudes, das mehr als eine Million Franken gekostet hatte.<sup>90</sup> Diese Investition hatten sie aus eigener Kraft getätigt, obwohl sie jedes Jahr einen ansehnlichen Betriebsüberschuss an die Stadt abliefern: je 110 000 Franken in den Jahren 1929–1931, je 160 000 Franken 1932–1936 und je 180 000 Franken 1937 und 1938.

Bund, Kantone und Gemeinden lancierten zusätzliche Krisenprogramme, die weiteren Personengruppen zugute kamen: Ab März 1934 richtete der Bund Unterstützung an bedürftige Greise, Witwen und Waisen aus, später auch an ältere Arbeitslose. Bei den Berufstätigen wurde ab Ende Jahr die Krisenunterstützung von Bund, betroffenen Kantonen und Gemeinden auf Lithografen, Typografen und kaufmännische Angestellte ausgedehnt.<sup>91</sup> Die Finanzierung dieser Massnahmen wurde auf Bund, Kantone und Gemeinden aufgeteilt, wobei die Gemeinden den kleinsten Beitrag leisten mussten.<sup>92</sup> 1934 beispielsweise wurden im Kanton Aargau 430 ausgesteuerte Mitglieder mit total 75 000 Franken von Arbeitslosenkassen unterstützt. Finanzierung dieser Massnahme: 25 000 Franken von Bund, 35 000 Franken vom Kanton und 15 000 Franken von den Gemeinden.<sup>93</sup>

Die Stadt organisierte Notstandsarbeiten: Im Dezember 1935 beschloss die Ortsbürgergemeinde den Bau der Kehlstrasse, um Bauland zu erschliessen. Im selben Monat wurde die neue Treppe auf dem Schlossbergweg, als Notstandsarbeit ausgeführt, dem Verkehr übergeben. Ausserdem wurde das neue Reservoir Brenntrain zur Wasserversorgung des neuen Wohnquartiers auf der Allmend in Betrieb genommen.<sup>94</sup> Der Stundenlohn bei öffentlichen Notstandsarbeiten betrug einen Franken. Als im Herbst 1936 bei der Ausführung von subventionierten Kanalisationsarbeiten in Baden-Wettingen etwas höhere Stundenlöhne an Verheiratete und Unterstützungspflichtige ausgezahlt wurden – nämlich 1.20 Franken –, provozierte dies eine scharfe Reaktion des Kantons gegen diese «unhaltbare Ungerechtigkeit» lokaler Behörden.<sup>95</sup>

Die Abgrenzung zwischen der Unterstützung der von Arbeitslosigkeit betroffenen Haushalte und der «normalen» Fürsorge für Alte und Arme ist schwierig. In der Krise nahm die Anzahl Betroffener sprunghaft zu, unter anderem auch deswegen, weil viele Kernfamilien zwar selbst noch knapp über die Runden kamen, aber weitere Verwandte, beispielsweise Eltern und Geschwister, nicht länger unterstützen konnten. Nachstehend eine Auswahl von sozialpolitischen Massnahmen, die der Stadtrat im zweiten Halbjahr 1934 beschloss:

- Gesuche um Steuernachlass oder Steuerreduktion: Nach sorgfältiger Prüfung des Einzelfalls durch die Steuerbehörden entschied der Stadtrat und verfügte den ganzen oder teilweisen Erlass der geschuldeten Steuer – oder lehnte das Gesuch ab. Diese Mindereinnahmen wurden weder ins Budget noch in die Jahresrechnung der Einwohnergemeinde übertragen!<sup>96</sup>
- Überwachung der Liquidation eines betrieblichen Unterstützungsfonds: Nach der Schliessung der Schuhfabrik Baden AG suchte die Stadt frühere, anspruchsberechtigte Mitarbeitende und überwachte die Auszahlung der Gelder. Ausserdem setzte sie sich, wenn auch erfolglos, beim BIGA dafür ein, dass diese Gelder bei der Bemessung der Arbeitslosenunterstützung nicht angerechnet würden.<sup>97</sup>
- Ausrichtung kantonaler und eidgenössischer Zuschüsse: Der Stadtrat liess Listen anspruchsberechtigter Personen in Baden zuhanden staatlicher Stellen zusammentragen.<sup>98</sup>

- Höhere Staatsbeiträge für Notstandsarbeiten: Die Gemeinderäte des Bezirks Baden verfassten einen Brief an den Regierungsrat mit der Bitte um höhere Beiträge für Strassen, Wasserbauten und Notstandsarbeiten.<sup>99</sup>
- Volksspeisung: Von der Krisenbekämpfung der 1920er-Jahre lagen noch rund 10 000 Franken auf einem separaten Kontokorrent. Der Stadtrat beschloss im Oktober, die Volksspeisung damit erneut zu eröffnen.<sup>100</sup>
- Verbilligtes Fleisch: Nach Abklärungen beschloss der Stadtrat, ab 1935 verbilligtes Kuhfleisch an Arbeitslose und Minderbemittelte abzugeben.<sup>101</sup>
- Auch das kam vor: Die Stadt lehnte das Unterstützungsbegehren von zwei Personen ab. Davor hatte ihnen die Stadt den Zuzug verweigert und nahm ihre Schriften nicht entgegen – wegen Arbeitslosigkeit!<sup>102</sup>

Fazit: Die städtischen Behörden waren praktisch dauernd mit den Auswirkungen der Krise beschäftigt, und viele ihrer Bemühungen waren für alle Badenerinnen und Badener gut sichtbar. Den Menschen in der Stadt wurde so deutlich, dass sich jemand tatkräftig für ihre Interessen und Bedürfnisse einsetzte – was psychologisch äusserst wichtig war. Der schockierende Fall der abgewiesenen Arbeitslosen zeigt allerdings, dass sich die Fürsorglichkeit der Badener Behörden strikte auf die eigenen Einwohner beschränkte.

Die Stadt findet während der anhaltenden Stagnation zu «ihrem» Krisenmodus, was sich auch im Finanzhaushalt zeigt:

### 1934

Die Erhöhung der Gemeindesteuern brachte nur wenig Mehreinnahmen (plus 17 000 Franken), dafür schlug der Lohnabbau mit 53 000 Franken ordentlich zu Buche. Zusammen mit einer ausserordentlichen Rückzahlung der Städtischen Werke von 17 000 Franken konnten rund 35 000 Franken an Krisenintervention, zusätzlich zur Armenfürsorge, aus der laufenden Rechnung finanziert werden. Die Jahresrechnung schloss mit einer «schwarzen Null».

### 1935

Die Einnahmen verharrten etwa auf Vorjahresniveau. Der Schuldendienst erreichte mit 410 000 Franken ein Maximum. Das entsprach 31 Prozent der ordentlichen Einnahmen und gar 39 Prozent der gesamten Steuereinnahmen der Einwohnergemeinde. Die Gesundheitsausgaben wurden zwar um 10 000 Franken gesenkt, aber die Krisenausgaben stiegen auf 40 000 Franken. Der Saldo der Jahresrechnung betrug 619 Franken – was die hohe Kunstfertigkeit des Stadtrats in Sachen Finanzhaushalt zeigt.

### 1936

Ablösung einer 3,5-Millionen-Franken-Anleihe von 1925: neu 2,6 Millionen Franken zu durchschnittlich 4,05 Prozent, ein Prozentpunkt weniger als vorher. Dadurch re-

duzierten sich die Schuldzinsen um rund 60 000 Franken pro Jahr: statt 176 750 Franken waren es nur noch 117 000 Franken. Die ganze Krisenintervention (rund 30 000 Franken) konnte aus der laufenden Rechnung bezahlt werden. Ansonsten findet sich kaum eine Veränderung gegenüber dem Vorjahr bei Einnahmen und Ausgaben. Saldo: 617 Franken.

### **1937–1938: Die Situation der Stadt entspannt sich**

Die Abwertung des Schweizer Frankens machte sich bei BBC umgehend bemerkbar: Das Unternehmen wies fürs Geschäftsjahr 1936/37 erstmals wieder einen Betriebsgewinn aus – zwar nur einen kleinen, dafür im Folgejahr einen ordentlich grossen. Auch die Situation der Stadt entspannte sich. Die Krisenausgaben gingen beide Jahre weiter zurück, und die Steuereinnahmen legten 1938 wieder zu.

Zwei Ereignisse prägten die wirtschaftliche Situation der Stadt im Jahr 1937: erstens die Annahme des neuen kantonalen Armengesetzes am 5. Juli 1936, das unter anderem eine Neuordnung der Finanzierung von Armenfürsorge enthielt, und zweitens die Abwertung des Schweizer Frankens am 26. September 1936, die zwar Export- und Fremdenindustrie ankurbelte, dafür aber Importgüter verteuerte. «Diese beiden Tatsachen bringen für den Steuerpflichtigen Veränderungen in seiner wirtschaftlichen Existenz, an denen die Gemeinde nicht rücksichtslos vorbeigehen kann» – so der Stadtrat in seinen Erläuterungen zum Voranschlag 1937.

Das neue Armengesetz übertrug die Armenfürsorge ab 1937 den Einwohnergemeinden. Um die Belastung für ärmere Gemeinden in einem erträglichen Rahmen zu halten, wurden die kommunalen Armenausgaben gedeckelt. Der Kanton war verpflichtet, diejenigen Armenausgaben einer Gemeinde zu übernehmen, die den Geldwert von  $\frac{1}{2}$  Einheit Gemeindesteuer übertrafen. Zur Finanzierung erhöhte der Kanton seinerseits die Staatssteuern von 2 auf  $2\frac{1}{2}$  Einheiten, also um 25 Prozent.

Im Juni 1937 wies BBC erstmals wieder einen Reingewinn fürs vergangene Geschäftsjahr aus: 267 000 Franken. Der über die Krisenjahre angehäufte Verlust betrug allerdings immer noch zwölf Millionen Franken.<sup>103</sup> Auch die Fremdenindustrie erholte sich: Die Badehotels verzeichneten gut 59 000 Logiernächte – 14,7 Prozent mehr als im Vorjahr.<sup>104</sup> Dennoch: Ende 1937 waren Ausläufer der Krise in Baden immer noch zu spüren; die Exportindustrie war gut ausgelastet, aber im Baugewerbe gab es noch viele Arbeitslose. Ausserdem waren Lebenshaltungskosten und Rohstoffpreise als Folge der Abwertung angestiegen. Aus den Erläuterungen des Stadtrats zum Voranschlag 1938 klingt nur vorsichtiger Optimismus: «Infolge Besserung der wirtschaftlichen Lage ist eine leichte Entlastung in der Arbeitslosenunterstützung fühlbar, auch mit einer bescheidenen Erhöhung der Steuereinnahmen darf gerechnet werden.»

Im Sommer 1938 hatte sich die optimistische Prognose in Realität verwandelt. Im Juni schloss BBC das Geschäftsjahr 1937/38 mit einem Reingewinn von 2,7 Millionen Franken ab, was den Gesamtverlust auf 9,5 Millionen Franken reduzierte.<sup>105</sup>

Und die Anzahl Logiernächte in den Badehotels stieg auf rund 118 000 – eine Verdopplung gegenüber dem Vorjahr.<sup>106</sup>

Ende 1938 konnte der Stadtrat wieder entspannt in die Zukunft schauen, wie der Kommentar zum Voranschlag 1939 zeigt: «Bei der Aufstellung des Budgets für das Jahr 1939 darf erfreulicherweise mit einem erhöhten Steuereingang gerechnet werden, der aus den Bilanzbereinigungen und günstigeren Rechnungsabschlüssen der hiesigen Grossfirmen Motor-Columbus und Brown Boveri herrührt.»

Das neue Armengesetz führte zu einer höheren Belastung aller Steuerpflichtigen im Kanton. Daher beschloss die Stadt, ihren Steuersatz von  $3\frac{3}{4}$  Einheiten beizubehalten, wobei  $\frac{1}{4}$  Einheit als Armensteuer verwendet werden sollte. Ebenfalls als Folge des neuen Gesetzes übertrug die Ortsbürgergemeinde per 1. Januar 1937 das Armengut im Wert von 700 000 Franken an die Einwohnergemeinde.

1937 beschloss die Stadt erstmals wieder eine grosse Investition, diesmal ins Städtische Krankenhaus. Schon im Herbst 1934 war der Bau einer Gebärdabteilung als dringlich eingestuft worden.<sup>107</sup> Die Realisierung wurde aber wegen der Krise aufgeschoben. Im Juni 1937 endlich beschloss die Einwohnergemeinde die Erweiterung des Krankenhauses mit geschätzten Kosten von 680 000 Franken.<sup>108</sup>

Der Aufschwung hinterliess im Finanzhaushalt der Stadt erfreuliche Spuren:

### 1937

Die Einnahmen aus ordentlicher Steuer blieben unverändert; die Einnahmen aus Nach- und Strafsteuern fielen hingegen deutlich niedriger aus. Die Städtischen Werke lieferten neu 180 000 Franken ab – plus 20 000 Franken gegenüber den Vorjahren. Die Armengutsverwaltung führte ab diesem Jahr eine eigene Teilrechnung. Der Gemeindebeitrag betrug 66 000 Franken. Mit dem allmählichen Aufschwung der Exportwirtschaft verringerten sich jedoch die Ausgaben für Arbeitslose, und auch die Sonderabgaben an die Erweiterung der Kantonalen Krankenanstalt fielen nicht länger an. Trotzdem schloss die Jahresrechnung mit einem Minus von 6700 Franken, die ins nächste Verwaltungsjahr übertragen wurden.

### 1938

Die ordentlichen Steuern legten erstmals seit 1932 um 100 000 Franken zu, und die Krisenausgaben fielen ein drittes Jahr in Folge. Der Gemeindebeitrag an die Armengutsverwaltung reduzierte sich auf 56 000 Franken. So konnte der Stadtrat die Salärreduktion des städtischen Personals auf 27 000 Franken halbieren. Das Verwaltungsjahr endete mit 7500 Franken im Plus, einer «schwarzen Null». Das Vermögen der Einwohnergemeinde hatte sich durch die vielen Investitionen der vergangenen Jahre positiv verändert und präsentierte sich wie folgt: Das Finanzvermögen (liquide Mittel, Fondsvermögen, Armengut, ertragsabwerfende Liegenschaften) betrug rund 2,9 Millionen Franken, das Verwaltungsvermögen (Mobiliar, Gebäude und Grundstücke ohne Rendite) zirka 5,7 Millionen Franken. Diesen Aktiven standen Passiven im

Wert von 6,2 Millionen Franken gegenüber.<sup>109</sup> Das Nettovermögen der Einwohnergemeinde hatte also zwischen 1930 und 1938 deutlich zugenommen: von 0,4 auf 2,4 Millionen Franken – weit mehr als der Geldwert des Armenguts bei der Überschreibung von der Ortsbürger- zur Einwohnergemeinde.

### **Die privaten Haushalte im Jahr 1934**

Im zweiten Teil geht es um die wirtschaftliche Situation der privaten Haushalte im Jahr 1934. Fakten und Zahlen zum materiellen Wohlstand, zur Steuerlast und zu den Lebenshaltungskosten werden in den folgenden Abschnitten zusammengetragen, ausgewertet und analysiert.

Wie schon im ersten Teil gezeigt, war 1934 ein schlimmes Krisenjahr in Baden – gemessen an den Arbeitslosenzahlen sogar das schlimmste. Es ist also zu erwarten, dass die Resultate der statistischen Auswertungen einen Tiefpunkt im materiellen Wohlstand der Haushalte beschreiben. Deshalb überrascht die Erkenntnis, dass es unter den Badener Haushalten sowohl ein breites Mittelfeld als auch zahlreiche wohlhabende Haushalte gab. Dies würde jedoch erklären, warum eine Mehrheit von Haushalten nicht nur die Krise aus eigener Kraft bewältigen, sondern auch die Steuererhöhung ertragen konnte, mit der die Stadt wegbrechende Steuereinnahmen kompensierte.

Einige der hier präsentierten Forschungsergebnisse flossen bereits in einen Artikel für die Badener Neujahrsblätter 2015 ein.<sup>110</sup>

#### *Steuerbücher: eine Datensammlung, die sich statistisch auswerten lässt*

Eine Steuerperiode umfasste sechs Jahre und wurde in einem Satz von zusammengehörenden Steuerbüchern dokumentiert. Steuerpflichtig war der Haushalt, aber im Steuerbuch eingetragen wurde diejenige Person, die den Haushalt repräsentierte: in der Regel der Haushaltsvorsteher oder die Haushaltsvorsteherin. So konnten die Badener Steuerbücher weitgehend alphabetisch nach Namen geordnet werden – nur die Zuzüger wurden chronologisch erfasst.

In den Steuerbüchern gibt es für jeden Steuerpflichtigen eine eigene Seite mit allen steuerrelevanten Angaben. Diese Seiten sind als vorgedruckte Formulare gestaltet, die zum einen die detaillierten Zahlen zu Vermögen und Erwerbseinkommen enthalten und zum anderen die rechnerische Herleitung der einfachen Steuer. Je 500 Formularseiten – also 250 Blatt – sind zu einem Band gebunden. Die Steuerbücher 1934–1939 umfassen neun schwere Bände. In den Bänden 1 bis 7 sind knapp 150 juristische Personen erfasst sowie 2900 steuerpflichtige Haushalte im Jahr 1934. Um alle Zuzüger zwischen 1935 und 1939 zu erfassen, waren weitere zwei Bände nötig.<sup>111</sup>

Die Zahlenwerte im Steuerbuch stammen aus den eingereichten Steuererklärungen. Sie basieren auf Selbstdeklaration (Erwerb) und teilweise auf Schätzungen (Vermögenswerte). Auffällig sind die «runden» Zahlen im Steuerbuch: die Erwerbs-

einkommen auf 100 Franken genau, die Fahrhabe auf 500 Franken genau, die übrigen Vermögenswerte auf 1000 Franken. Vermutlich sorgte das Steueramt schon beim Übertragen der Zahlenwerte durch geschicktes Runden dafür, dass die anschließenden Berechnungen – von Hand! – schnell und einfach ablaufen konnten. Die Steuerbücher liefern somit ein leicht verzerrtes Bild der Wirklichkeit. Trotzdem sind Steuerbücher eine äusserst interessante Quelle, da sie eine systematisch aufgebaute, alle steuerpflichtigen Haushalte umfassende Datensammlung darstellen. Sie geben sowohl einen Einblick in spezifische Einzelhaushalte als auch eine Übersicht über die Gesamtsituation aller Haushalte.

1934 waren in der Stadt rund 2900 steuerpflichtige Haushalte gemeldet – zu viele für die vollständige Erfassung im Rahmen der vorliegenden Arbeit. Für aussagekräftige statistische Auswertungen genügt glücklicherweise eine Stichprobe mit rund 300 zufällig ausgewählten Haushalten. Was zur Frage führt, wie diese Stichprobe aussehen könnte. Antwort: Die Stichprobe zur Auswertung der Steuerbücher umfasst diejenigen Steuerpflichtigen im Steuerbuch A Band 1, deren Name mit dem Buchstaben «B» beginnt. Diese Stichprobe ist im statistischen Sinne zufällig, denn beim Buchstaben «B» gibt es keinerlei Zusammenhang zwischen den Steuerdaten des Haushalts und dem Namen des Haushaltvorstehers respektive der -vorsteherin. Die derart definierte Stichprobe umfasst 279 Haushalte – sie ist also genügend gross. 276 Haushalte werden durch eine natürliche Person repräsentiert und laufen unter deren Namen. Ausserdem sind zwei Erbgemeinschaften darunter und ein Familienfonds.

Die gewählte Methode geht auf einen mündlichen Hinweis der Badener Archivbetreuerin Nina Kohler zurück: Bei der Archivierung von personenbezogenen Massenakten (zum Beispiel bei historischen Patientenakten eines Spitals) sei es üblich, nur eine repräsentative Auswahl aufzubewahren. Dabei habe es sich gezeigt, dass die Akten aller Personen, deren Name mit dem Buchstaben «B» beginnt, einen aussagekräftigen Querschnitt abbilden. Der Entscheid für die Stichprobe basiert somit auf dem Erfahrungswissen der Archivbetreuerin.

Die vollständige Stichprobe für die Auswertung der Steuerbücher ist im Anhang meiner Masterarbeit zu finden. Sie zeichnet ein eindrückliches Bild der wirtschaftlichen Verhältnisse der Badener Haushalte im Jahr 1934.

### *Die Stadt und die privaten Haushalte in Kennzahlen*

*Wohnbevölkerung und Altersstruktur:* Rund 10 000 Menschen lebten in Baden. Ihre Anzahl blieb zwischen den Volkszählungen 1930 und 1941 praktisch konstant.



Wohnbevölkerung, Altersstruktur	1930	1941	
Gemeinde Baden, total	10 143	10 388	100 %
0-19 Jahre	-	2 770	27 %
20-39 Jahre	-	3 797	37 %
40-59 Jahre	-	2 597	24 %
60 Jahre und älter	-	1 224	12 %

Tabelle 2 Wohnbevölkerung und Altersstruktur; Datenquelle: EVZ 1930<sup>112</sup> und 1941.<sup>113</sup>

*Erwerbende und Berufszugehörigkeit:* Gut die Hälfte der Einwohner zählte in den Volkszählungen 1930 und 1941 zu den Erwerbs- beziehungsweise zu den Berufstätigen. In beiden Erhebungsjahren waren knapp 60 Prozent davon im Industrie- und Gewerbesektor tätig. Diese Zahlen sind allerdings mit Vorsicht zu verstehen: (mit-) arbeitende Ehefrauen und Töchter von Familienvätern wurden bei den Nichterwerbenden eingereicht und dort mitgezählt.

Erwerbende, Berufszugehörigkeit	1930	1941
Erwerbende	5 941	5 850
Berufstätige	-	5 415
Sektor I (Landwirtschaft, Rebbau)	24	25
Sektor II (Industrie, Gewerbe)	3 351	3 141
Sektor III (Handel, Gastgewerbe, Verkehr)	1 236	1 156
Hausangestellte (Privathaushaltungen)	501	-

Tabelle 3 Erwerbende und Berufszugehörigkeit; Datenquelle: wie oben.

Achtung: Bei der Zuordnung zu den Sektoren wurden 1930 die Erwerbenden gezählt, 1941 hingegen die Berufstätigen.<sup>114</sup>

*Haushalte:* Gemäss Volkszählungen stieg die Anzahl Haushalte von 2360 (1930) auf 2757 (1941). Im Steuerbuch hingegen füllen sie fürs Jahr 1934 die Seiten 151 bis 3059, was 2909 Haushalten entspricht. Woher kommen diese Unterschiede in der Anzahl? Die Erklärung liegt in der unterschiedlichen Definition des Begriffs «Haushalt» in Volkszählung und Steuergesetz. Für erstere ist ein Haushalt eine Gemeinschaft von Menschen, die zusammen wohnen.<sup>115</sup> Für letzteres ist ein Haushalt eine Gemeinschaft von Menschen, die zusammen wohnen und gemeinsame Finanzen haben.<sup>116</sup> Deshalb gibt es mehr Haushalte im Sinne des Steuergesetzes als im Sinne der Volkszählungen. In der vorliegenden Arbeit wird «Haushalt» durchwegs wie im Steuergesetz verstanden.

*Geschlecht der Haushaltsvorsteherinnen und -vorsteher:* In der Stichprobe gibt es unter den 276 Haushaltsvorsteherinnen und -vorstehern nur 54 Frauen, dafür 222 Männer (19,5 und 80,5 Prozent).

*Alter der Haushaltsvorsteherinnen und -vorsteher:* Praktisch alle Haushaltsvorsteherinnen und -vorsteher in der Stichprobe sind älter als 30 Jahre; nur 20 Personen sind jünger (das entspricht acht Prozent). Das ist deutlich weniger, als von der Altersstruktur der Wohnbevölkerung zu erwarten wäre (etwa 18 Prozent). Junge Leute im Alter zwischen 20 und 30 Jahren konnten sich offenbar keinen eigenen Haushalt leisten.

Alter der Haushaltsvorsteherinnen und -vorsteher (Jahre)	Anzahl Personen	Anteil
20–29	20	8 %
30–39	66	24 %
40–49	70	25 %
50–59	65	23,5 %
60–69	38	13,5 %
70–79	17	6 %
Total	276	100 %

Tabelle 4 Altersstruktur der Haushaltsvorsteherinnen und -vorsteher; Datenquelle: Stichprobe aus den Steuerbüchern 1934–1939.

## Einkommen und Vermögen

### *Einkommen: Verteilung, Minimum, Maximum und Median*

Die Steuerbücher liefern keine Daten zum Gesamteinkommen eines Haushalts, sondern nur zu dem Teil, der aus vergangener oder gegenwärtiger Erwerbstätigkeit stammt. Zum Erwerb zählten neben Salären, Besoldungen und Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit auch Renten und Pensionen. Die Auswertung der Stichprobe ergibt folgende Verteilung:

Erwerbseinkommen (Franken)	Anzahl Haushalte	Anteil
0	41	15 %
1000–1999	28	10 %
2000–2999	52	19 %
3000–3999	37	13 %
4000–4999	38	14 %
5000–5999	20	7 %
6000–6999	20	7 %
7000–7999	12	4 %
8000–8999	10	4 %
9000–9999	8	3 %
10000–10999	5	2 %

11 000-11 999	3	1 %
über 12 000	5	2 %
Total	279	100 %

Tabelle 5 Verteilung des Erwerbseinkommens.

Die wichtigsten Kennzahlen der Auswertung: Das Minimum des Erwerbseinkommens betrug null Franken, das Maximum 45 000 Franken, der Median über alle Haushalte 3400 Franken. Übrigens: Das höchste Erwerbseinkommen – in der Stichprobe und wohl auch in ganz Baden – wurde vom Haushalt von Jenny und Sidney Brown erzielt, dem jüngeren Bruder des BBC-Mitgründers. 1934 arbeitete Sidney als Delegierter des Verwaltungsrats für BBC.<sup>117</sup>

41 Haushalte wiesen ein Erwerbseinkommen von null Franken auf. Aber bei 18 dieser Haushalte betrug die ganze einfache Steuer mehr als 40 Franken, bei 9 Haushalten sogar mehr als 100 Franken. Ganz ähnlich bei der nächsten Gruppe, den Haushalten mit einem Erwerbseinkommen zwischen 1000 und 1999 Franken: Davon gab es 28. Bei 3 dieser Haushalte war die ganze einfache Steuer höher als 40 Franken, bei einem Haushalt höher als 100 Franken. Kurz: Unter den Haushalten mit geringem Erwerbseinkommen gab es zwei Kategorien – zum einen die wenig verdienenden und zum andern die vermögenden Haushalte. Hier macht sich deutlich bemerkbar, dass Einkommen aus Vermögenswerten steuerlich nicht belastet wurde.

Ganz anders das Bild am anderen Ende der Skala, bei den Haushalten mit hohem Erwerbseinkommen: 13 Haushalte versteuerten ein Erwerbseinkommen von 10 000 Franken oder mehr. Alle diese Haushalte wiesen eine ganze einfache Steuer von mehr als 100 Franken auf, 8 Haushalte eine einfache Steuer von mehr als 200 Franken. Das heisst: Haushalte mit hohem Erwerbseinkommen waren in der Regel auch vermögende Haushalte.

Fazit: Das im Steuerbuch vermerkte Erwerbseinkommen ist ein schlechter Indikator für den Wohlstand eines steuerpflichtigen Haushalts. Insbesondere am unteren Ende führt seine Anwendung zu Fehleinschätzungen. Trotzdem bleibt die Erkenntnis, dass die Hälfte der Badener Haushalte in der Stichprobe über ein Erwerbseinkommen von mehr als 3400 Franken verfügten, und fast ein Viertel über eines höher als 6000 Franken.

#### *Vermögen: Verteilung, Minimum, Maximum und Median*

Das Steuergesetz unterschied zwischen verschiedenen Kategorien von Vermögenswerten. Eine Übersicht über das Vorkommen dieser Vermögenskategorien in der Stichprobe zeigt folgendes Bild:

	Anzahl	Anteil
Haushalte total	279	100 %
- mit Fahrhabe	242	86,7 %
- mit Kapitalien	110	39,4 %
- mit Immobilien (Gebäude, Grundstücke)	84	30 %
- mit Gewerbefonds	61	21,9 %

Tabelle 6 Übersicht über Vermögenskategorien und ihr Vorkommen in den Haushalten.

Zur *Fahrhabe* zählten der Hausrat, die Möbel und sonstige Einrichtungen, die nicht fest mit dem Gebäude verbunden waren. Laut Gesetz wurden 80 Prozent des Versicherungswerts als Schätzwert für die Fahrhabe im Steuerbuch eingetragen.<sup>118</sup> Die Auswertung der Stichprobe ergibt folgendes Bild:

Wert der Fahrhabe (Franken)	Anzahl Haushalte	Anteil
Keine Fahrhabe	36	12,9 %
-2000 (Schulden)	1	0,4 %
1500 oder 2500	11	3,9 %
3500 oder 4500	32	11,5 %
5500 oder 6500	43	15,4 %
7500 oder 8500	48	17,2 %
9500 oder 10 500	22	7,9 %
11 500 oder 12 500	25	9,0 %
13 500 oder 14 500	15	5,4 %
15 500 oder 16 500	10	3,6 %
17 500 oder 18 500	4	1,4 %
19 500 oder 20 500	6	2,2 %
über 21 500	26	9,3 %
Total	279	100,0 %

Tabelle 7 Statistische Verteilung des Nettowerts der Fahrhabe.

Bemerkung: Bei der Fahrhabe waren 1500 Franken steuerfrei – das erklärt wohl, warum alle eingetragenen Werte mit der Zahl 500 enden.

86,7 Prozent der Haushalte (242 von 279) verfügten über eine Fahrhabe. Das Minimum der Werte lag bei -2000 Franken (der betreffende Haushalt hatte neben einer Fahrhabe von 4500 Franken auch 6500 Franken Schulden), das Maximum bei 601 500 Franken, und der Median über alle Haushalte betrug 7500 Franken. 12,9 Pro-

zent der Haushalte (36 von 279) wiesen keine Fahrhabe aus. Die obersten zehn Prozent, nämlich 28 Haushalte, besaßen eine Fahrhabe mit einem Wert von mindestens 20 500 Franken. Der Haushalt von Jenny und Sidney Brown besaß die wertvollste Fahrhabe: die prächtige Inneneinrichtung der Villa und die Gemäldesammlung des Ehepaars.

Als *Kapitalien* galten Sparbücher, Aktien, Obligationen und Lebensversicherungen. Die statistische Verteilung des Nettowerts von Kapitalien (Verrechnung von Schulden mit Guthaben) zeigt folgendes Bild:

Nettowert der Kapitalien (Franken)	Anzahl Haushalte	Anteil
keine Kapitalien	169	60,6%
1000 bis 5000	33	11,8%
über 5000 bis 10 000	18	6,5%
über 10 000 bis 15 000	10	3,6%
über 15 000 bis 20 000	8	2,9%
über 20 000 bis 25 000	6	2,2%
über 25 000 bis 50 000	11	3,9%
über 50 000 bis 100 000	10	3,6%
über 100 000	14	5,0%
Total	279	100,0%

Tabelle 8 Statistische Verteilung des Nettowerts von Kapitalien.

39,4 Prozent der Haushalte (110 von 279) verfügten über Kapitalien. Das Minimum der Werte betrug 1000 Franken, das Maximum 1,6 Millionen Franken. Der Median der Kapitalien über *alle* Haushalte hatte den Wert Null, da weniger als die Hälfte der Haushalte überhaupt Kapitalien besaß. Sofern nur Haushalte mit Kapitalien berücksichtigt werden, so lag deren Median bei 12 000 Franken. Der Haushalt mit dem grössten Kapitalienbesitz war wiederum der Haushalt des Ehepaars Brown.

Im Steuerbuch wurden *Gebäude und Grundstücke* separat erfasst, je mit eigenem Schätzwert und allfälliger Schuld. 30 Prozent der Haushalte (84 von 279) besaßen Immobilien, in der Regel ein Gebäude mit Grundstück. Der Beitrag der Immobilien zum Haushaltsvermögen muss sich am Nettowert orientieren. Das heisst, die Schätzwerte von Gebäuden und Grundstücken werden addiert und mit allfälligen Schulden verrechnet. Beim Arbeiten mit Nettowerten zeigt sich allerdings ein Problem: Eine alte, aber schuldenfreie Bruchbude konnte einen höheren Nettowert aufweisen als ein neues, aber mit einem Hypothekendarlehen belastetes Haus. Eine detaillierte Darstellung der statistischen Verteilung der Nettowerte von Immobilien ist also wenig aussagekräftig. In der Folge sollen daher die wichtigsten Eckdaten der statistischen Auswertung genügen: Das Minimum der Nettowerte betrug -58 070

Franken (Schulden grösser als Schätzwert), das Maximum betrug 841 924 Franken, und der Median (nur Haushalte mit Immobilien) lag bei 11 760 Franken.

Bei 77,4 Prozent der Haushalte (65 von 84) lagen die Nettowerte ihrer Immobilien im positiven Bereich: Bei ihnen war der Schätzwert grösser als allfällige Schulden, bei den übrigen Haushalten war es umgekehrt. Der Haushalt mit der wertvollsten Immobilie war ein weiteres Mal der Haushalt von Jenny und Sidney Brown. Bei besagter Immobilie handelt es sich um Grundstücke und Gebäude der Villa Langmatt an der Römerstrasse.

Unter dem *Gewerbefonds* verstand das Steuergesetz Geschäftsaktiven und -passiven von Gewerbetreibenden und Selbständigerwerbenden. 21,9 Prozent der Haushalte (61 von 279) hatten einen derartigen Gewerbefonds. Die Verteilung der Werte ergibt folgendes Bild:

Nettowert des Gewerbefonds (Franken)	Anzahl Haushalte	Anteil
Kein Gewerbefonds	218	78,1 %
Im Minus (Passiven grösser als Aktiven)	3	1,1 %
0	1	0,4 %
bis 2500	15	5,4 %
über 2500 bis 5000	13	4,7 %
über 5000 bis 7500	4	1,4 %
über 7500 bis 10000	8	2,9 %
über 10000 bis 20000	6	2,2 %
über 20000 bis 50000	8	2,9 %
über 50000	3	1,1 %
Total	279	100,0 %

Tabelle 9 Statistische Verteilung der Nettowerte des Gewerbefonds.

Das Minimum der Nettowerte betrug -20 000 Franken (Passiven grösser als Aktiven), das Maximum 206 000 Franken und der Median (nur Haushalte mit Gewerbefonds) 5000 Franken.

Der Haushalt mit dem grössten Gewerbefonds in der Stichprobe ist diesmal nicht der Haushalt des Ehepaars Brown, sondern der Haushalt des Baumeisters Johann Biland. Die Browns hatten keinen Gewerbefonds, weil sie kein eigenes Geschäft betrieben. Sidney wurde im Steuerbuch als bei BBC angestellter Ingenieur geführt – was streng genommen auch stimmt, aber trotzdem schmunzeln lässt.

### Arme Haushalte, reiche Haushalte

Gab es nur arme und reiche Haushalte in Baden oder gab es so etwas wie einen Mittelstand dazwischen? Welche Zahl im Steuerbuch eignet sich als Wohlstandsindikator

für die Einstufung eines privaten Haushalts und ist schnell und leicht zu eruieren? Beim Erwerb fehlt das Einkommen aus Vermögenserträgen, und beim Vermögen fehlt das Erwerbseinkommen. Bleibt die einfache Steuer: Sie ist ein guter Indikator für den materiellen Wohlstand eines Haushalts, da sowohl Vermögen als auch Erwerbseinkommen in ihre Berechnung einfließen. Der Kinderabzug könnte allerdings die Betrachtung verzerren: Bei Haushalten mit kleiner Steuerlast und grosser Kinderzahl konnte die einfache Steuer tatsächlich auf null Franken sinken. Deshalb beruhen die nachstehenden Auswertungen auf der einfachen Steuer *vor* Kinderabzug.

Der Median der einfachen Steuer definiert eine Mittellinie: Haushalte, die darüber liegen, gehören zur wohlhabenderen Hälfte, jene, die darunter liegen, zur ärmeren. Als Mittelstand sollen die Steuerpflichtigen in einem Feld um den Median herum gelten. In Anlehnung an gängige volkswirtschaftliche Definitionen wird das Mittelstandsfeld nach unten durch  $\frac{2}{3}$  des Medians und nach oben durch  $1\frac{1}{2}$  des Medians begrenzt.<sup>119</sup> Der Median der einfachen Steuer in der Stichprobe beträgt 36 Franken. Das Mittelstandsfeld umfasst also Haushalte, die mehr als 24 Franken und weniger als 60 Franken (54 Franken plus Progression) einfache Steuer bezahlten. Mit diesen Grenzwerten zeigt sich folgendes Bild:

Einfache Steuer (Franken)	Anzahl Steuerpflichtige	Anteil
0–23.90	101	36%
24–59.90	89	32%
über 60	89	32%
Total	279	100%

Tabelle 10 Ökonomische Struktur der Haushalte in der Stichprobe.

Zusammengefasst: In der Stichprobe zeigt sich der materielle Wohlstand über das ganze Spektrum der Haushalte verteilt. Zum Mittelstand gehörte ein knappes Drittel der Haushalte, und gleich viele gehörten zu den Reichen.

Typisch arm, typisch reich? Eine Analyse der ärmsten und reichsten zehn Prozent der Haushalte (je 28 Stück) zeigt folgende Charakteristika: Die ärmsten Haushalte wurden überwiegend von Frauen und Personen ohne oder mit wenig qualifizierter Erwerbstätigkeit geführt. Die reichsten Haushalte wurden überwiegend von Männern und Personen mit eigenem Geschäft beziehungsweise Gewerbebetrieb sowie Freiberuflern geführt.

### Die Verteilung der Steuerlast

Ein Hilfsarbeiter mit sieben Kindern bezahlte null Steuer; der Delegierte des Verwaltungsrats der BBC hingegen mehr als 30000 Franken jährlich allein an Stadt und Kanton – die Unterschiede waren enorm. Die Auswertung der Steuerlast zeigt folgende Verteilung auf die Haushalte:

Einfache Steuer (Franken)	Anzahl Steuerpflichtige	Anteil
0–9.90	36	13%
10–19.90	56	20%
20–29.90	34	12%
30–39.90	25	9%
40–49.90	23	8%
50–59.90	20	7%
60–69.90	14	5%
70–79.90	9	3%
80–89.90	6	2%
90–99.90	11	4%
100–199.90	24	9%
200–499.90	15	5%
mehr als 500	6	2%
Total	279	100%

Tabelle 11 Statistische Verteilung der einfachen Steuer in der Stichprobe.

Bemerkung zur Darstellung: Bis 100 Franken einfache Steuer sind die Intervalle zehn Franken breit; danach sind sie breiter gewählt, damit sie überhaupt eine ordentlich grosse Zahl von Steuerpflichtigen umfassen.

Die Auswertung der Stichprobe ergab eine Verteilung der einfachen Steuer mit folgenden Eckwerten: Minimum null Franken, Maximum 5323 Franken, Median 36.40 Franken. 147 Steuerpflichtige – das entspricht 52,7 Prozent – unterlagen keiner Progression, da ihre einfache Steuer vor dem Kinderabzug weniger als 40 Franken betrug. 132 Steuerpflichtige unterlagen der Progression; 45 davon hatten zudem kein Anrecht auf Kinderabzug, da ihre einfache Steuer 100 Franken und mehr betrug. Fazit: Fast die Hälfte der Badener Haushalte gehörte gemäss Steuergesetz zu den wirtschaftlich stärkeren.

Bemerkung zum Minimum: Eine einfache Steuer von null Franken war im Steuergesetz eigentlich nicht vorgesehen. Dennoch konnte es geschehen, dass ein Haushalt mit kleiner Steuerlast und vielen Kindern dank Kinderabzug null Franken Steuern bezahlen musste. Ein derartiger Fall war der Haushalt des Hilfsarbeiters Mario Blättler: Trotz gleichbleibender Vermögens- und Erwerbsverhältnisse musste er über die Jahre hinweg immer weniger Steuern bezahlen, bis 1938 seine einfache Steuer bei null Franken lag. Bei sieben Kindern kompensierte der Kinderabzug (14 Franken) vollständig die Steuer (12.90 Franken).<sup>120</sup>

Zum Schluss noch eine Berechnung zur Umverteilungskraft des Steuersystems: Alle Haushalte aus der Stichprobe zusammen erbrachten einen Steuerbetrag von



25 122 Franken. Die obersten 28 Haushalte alleine erbrachten 15 090 Franken. Kurz: Zehn Prozent der Haushalte leisteten 60 Prozent der Steuerzahlungen. Das Steuersystem sorgte also für eine angemessene Umverteilung der Steuerlast.

### **Steuersystem: Gesetzgebung, einfache Steuer, Gesamtsteuer**

Die aargauische Steuergesetzgebung der 1930er-Jahre war unübersichtlich, da auf zehn Grundlagendokumente verteilt: von der Staatsverfassung über das Staatssteuer- und Gemeindesteuergesetz bis hin zu mehreren Spezialgesetzen, alle mit einer Vollziehungsverordnung. Anpassungen im Jahr 1934 führten zur Publikation der Broschüre «Praktischer Führer für den Aargauer Steuerpflichtigen» im Februar 1935.<sup>121</sup> Sie enthält neben den vollständigen Gesetzestexten ausführliche Erläuterungen zur Selbsteinschätzung mit konkreten Beispielen. Die wichtigsten Grundsätze in den allgemeinen Steuergesetzen zur Besteuerung natürlicher Personen waren die folgenden:

*Steuerpflichtig war der Haushalt.* Eltern und Kinder unter 20 Jahren sowie mehrere Personen mit gemeinsamer Kasse im gemeinsamen Haushalt wurden gemeinschaftlich besteuert. Im Steuerbuch eingetragen wurde aber nur eine einzige Person, die den Haushalt repräsentierte. Beim Tod dieser Person wurde ein amtliches Nachlassinventar erstellt, als Vorbereitung für die Verteilung des Nachlasses unter den Erben – und zum Aufspüren von Steuersündern.

*Gegenstand der Steuer waren Erwerb und Vermögen eines Haushalts.* Zum Erwerb zählten neben Salären und Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit auch Pensionen und Renten. Einkommen aus Vermögenserträgen wurde nicht besteuert.

Das Steuersystem war gerecht ausgestaltet, reiche Haushalte wurden überproportional stärker belastet als arme. Die wichtigsten Bestimmungen im Gesetz:

- Alle Haushalte mussten Steuer bezahlen.
- Die ersten tausend Franken Erwerb wurden nur geringfügig und erst noch pauschal besteuert.
- Unterschiedliche Vermögenskategorien wurden unterschiedlich stark besteuert: am geringsten die Fahrhabe, am stärksten Kapitalien und Gewerbefonds (Geschäftsaktiven).
- Auch beim Vermögen gab es Steuerfreibeträge: generell bei der Fahrhabe und bei Handwerksgeräten sowie bei niedrigen Lebensversicherungen. Freibeträge galten ausserdem für Erwerbsunfähige, Witwen und Waisen.
- Es gab einen Steuerabzug für Kinder unter 16 Jahren – ausser für die ganz reichen Haushalte.
- Wirtschaftlich starke Haushalte mussten einen Zuschlag auf die einfache Steuer (Progression) hinnehmen. Als wirtschaftlich stark galten Haushalte mit einer einfachen Steuer höher als 40 Franken.

Die *einfache Steuer* berechnete sich in Abhängigkeit von Vermögen und Erwerbseinkommen des Haushalts. Neben steuerfreien Abzügen gab es auch Steuerzuschläge. Die detaillierten Bestimmungen im Einzelnen:<sup>122</sup>

Vermögenssteuer: 0,6 Promille des Schätzwerts bei Gebäuden; 0,8 Promille bei Grundstücken; 1,2 Promille bei Kapitalien und Gewerbefonds; 0,3 Promille bei der Fahrhabe.

Erwerbssteuer: ein Prozent des Erwerbseinkommens, wobei für die ersten 1000 Franken Erwerb eine Pauschale von einem Franken fällig wurde.

Steuererleichterungen: Steuerfrei waren die ersten 1500 Franken der Fahrhabe und die ersten 1000 Franken Handwerks- und Berufsgeräte. Steuerfrei waren ferner Lebensversicherungen unter 5000 Franken und die ersten 5000 Franken Vermögen bei erwerbsunfähigen Personen, Witwen und Waisen. Für jedes Kind unter 16 Jahren gab es einen Abzug von zwei Franken von der einfachen Steuer, sofern diese weniger als 100 Franken betrug. Wegen der Pauschale wurden die ersten 900 Franken Erwerbseinkommen bei den meisten Haushalten nicht besteuert.

Steuerzuschläge: Wenn die einfache Steuer 40 Franken überstieg, dann gab es einen Zuschlag (Progression). Der Zuschlag begann bei fünf Prozent und konnte bis auf 70 Prozent steigen.<sup>123</sup>

### *Gesamtsteuer*

Bis 1936 erhob der Kanton bei den privaten Haushalten zwei Einheiten der einfachen Steuer als Staatssteuer. Mit Einführung des neuen Armengesetzes 1937 stieg diese auf 2½ Einheiten.

Die Einwohnergemeinden erhoben so viele Einheiten einfache Steuer, wie sie zur Finanzierung ihrer Aufgaben gemäss Voranschlag brauchten. Die Einwohnergemeinde der Stadt Baden erhob zwischen 3⅔ (1930 bis 1933) und 3¾ Einheiten (1934 bis 1938). Die Ortsbürgergemeinde der Stadt Baden verzichtete auf die Erhebung einer Steuer. Sie bestritt ihre Ausgaben mit Erträgen aus ihren Betrieben und ihrem Vermögen.

Die Kirchensteuer variierte je nach Glaubensgemeinschaft und betrug einen Bruchteil einer einfachen Steuer, typisch waren ¼ bis ½ Einheiten.<sup>124</sup>

Alles in allem musste ein privater Haushalt ungefähr sechs Einheiten einfache Steuern bei der Stadt für Kanton, Gemeinde und Kirche abliefern. Die Steuerzahlung konnte aufs Jahr verteilt in vier Raten geleistet werden.<sup>125</sup>

Daneben gab es noch weitere Steuern, die für die privaten Haushalte anfallen konnten: Erbschaftssteuern (Gemeinde, Kanton), Couponabgabe (Bund), Eidgenössische Krisenabgabe (Bund).<sup>126</sup> Diese Steuerarten werden nicht weiter behandelt, da sie alle nur eine Minderheit von Haushalten betrafen. Ausserdem sind sie in den Steuerbüchern der Stadt nicht dokumentiert.

### **Zusätzliche Erkenntnisse aus weiteren Quellen**

Fakten und Zahlen zu Erwerbseinkommen, Vermögen und Steuerlast der privaten Haushalte in Baden: Das sind die bisherigen Forschungsergebnisse. Sie alle beruhen auf der statistischen Auswertung von Steuerdaten. Neben den Steuerbüchern gibt es

aber noch weitere Quellen im Stadtarchiv, die exemplarisch einen Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse einzelner Haushalte im Jahr 1934 gewähren:

- Das Haushaltsbuch eines Familienvaters liefert Antworten auf die Frage nach den typischen Lebenshaltungskosten einer Familie.
- Das Geschäftsjournal einer Kleinstunternehmerin zeigt, dass Frauen in Mehrverdienerhaushalten einen substanziellen Beitrag zum Familieneinkommen leisteten.
- Die Bankbelege einer wohlhabenden Ärztin erklären, wie ein Haushalt trotz niedrigem Erwerbseinkommen grossbürgerlich geführt werden konnte.
- Das amtliche Nachlassinventar einer Witwe gibt Hinweise auf die Qualität von geschätzten Zahlenwerten im Steuerbuch.

Jeder dieser Fälle wird in einem der folgenden Abschnitte diskutiert.

### *Typische Lebenshaltungskosten*

Was kostete der Unterhalt einer Familie? Einen ersten, wichtigen Hinweis liefern die Haushaltsbücher von Ernst Kobel (\*1897), Techniker bei BBC. Ernst lebte 1934 zusammen mit seiner Frau Rosa (\*1897) und drei Kindern im Primarschul- und Vorschulalter an der Geissbergstrasse in Ennetbaden.<sup>127</sup> Zwischen 1922 und 1947 führte er detaillierte Aufzeichnungen über die Einnahmen und Ausgaben seines Haushalts.<sup>128</sup> Dabei benutzte er für jedes Kalenderjahr ein vorgedrucktes Buch, das pro Monat eine Doppelseite umfasst. Die Einteilung in die verschiedenen Ausgabekategorien übernahm er aus dem Buch. Daher lassen sich seine Zahlen nur schwer mit historischen Datenreihen des Bundesamts für Statistik zu Konsumausgaben der privaten Haushalte vergleichen: Einteilung und Zuordnungen sind ganz anders.

Die folgenden Ausführungen stützen sich auf das Haushaltsbuch des Jahres 1934. Beim Erfassen der Zahlen im Computer zeigte sich, dass sich Ernst beim Zusammenzählen ein einziges Mal verrechnet hatte: um fünf Rappen. Das ist ein gutes Zeichen hinsichtlich Qualität seiner Aufzeichnungen. Die Daten aus seinem Haushaltsbuch sind im Anhang meiner Masterarbeit zu finden.

Der Haushalt bestritt Ausgaben von total 7705.70 Franken. Davon flossen 5237.65 Franken in den Konsum inklusive Steuern, 2440 Franken wurden als Ersparnisse zurückgelegt und 28.05 Franken ins folgende Jahr übertragen. Die wichtigsten Ausgabeposten der Familie im Überblick:

Nahrung und Getränke	1558.00
Miete	635.00
Sonstige Wohnkosten*	641.35
Kleidung und Reinigung**	372.10
Lebensversicherung	610.00

Steuern	296.00
Krankenkassenbeiträge	70.00
Ausgewählte Ausgaben für Kultur, Bildung, Freizeit:	
- Handorgelunterricht	58.50
- Handorgel	110.00
- Tagblatt (Zeitung)	18.00
- Radiokonzession	15.00
- Reise nach Hamburg	150.00

\* Heizung, Beleuchtung, Haus- und Küchengeräte. Der grösste Einzelbetrag war die Anschaffung eines Haus- oder Küchengerätes für 310 Franken.

\*\* Stoffe, Kleider, Schuhe, Mercerie, Garne, Wolle, Wasch-, Putz- und Glättartikel. Grösster Einzelbetrag: ein Kleid vom Schneider für 168 Franken und ein Hut für 15 Franken.

Tabelle 12 Die wichtigsten Ausgabeposten der Familie Kobel im Überblick.

Der fünfköpfige Haushalt benötigte rund 3000 Franken für die Grundversorgung mit Nahrung, Wohnung, Kleidung. Weitere 2000 Franken flossen in Versicherungen (Lebensversicherung, Krankenkasse), ausserordentliche Anschaffungen für Haushalt und Kleidung sowie Ausgaben für Bildung, Kultur und Freizeit. Die Steuern standen mit knapp 300 Franken im Buch. Leider gibt es keine Hinweise im Haushaltungsbuch, welche Art von Steuern und welches Steuerjahr damit gemeint waren. Bemerkenswert ist die hohe Sparquote: fast ein Drittel der Ausgaben.

Die Ausgabenstruktur lässt auf einen Mittelschichthaushalt schliessen: Kranken- und Lebensversicherung wurden freiwillig abgeschlossen, Zeitungsabonnement und Radiokonzession stehen fürs Interesse an der grossen Welt, Musikinstrument und Musikunterricht waren ein kleiner Luxus, ebenso Ausflüge in der Schweiz und die Reise nach Hamburg.

Der Haushalt erzielte ein Jahreseinkommen von 7450 Franken durch monatliche Einnahmen von 600 Franken sowie eine einmalige Gratifikation von 250 Franken. Zusammen mit dem Übertrag vom Vorjahr in der Höhe von 255.70 Franken konnte der Haushalt somit über 7705.70 Franken verfügen.

Unklar ist, wie die Einnahmen zustande kamen. In der Gemeinde Ennetbaden sind Steuerbücher von 1934, die detailliert Auskunft über Vermögen und Erwerbseinkommen geben würden, nicht überliefert. Was es allerdings gibt, ist die Steuerrechnung pro 1934. Das sind Aufzeichnungen, in denen für jeden Steuerpflichtigen die Steuerschuld, aufgeteilt in Raten, und die eingegangenen Zahlungen festgehalten wurden. Für den Haushalt von Ernst Kobel betrug die Steuerraten einmal 49.15 Franken (entspricht 1¼ Einheiten) plus vier Mal 39.30 Franken (entspricht einer Einheit): total 206.35 Franken.<sup>129</sup> Aber: Ein Erwerbseinkommen von mehr als 7000 Franken hätte gemäss Steuergesetz eine einfache Steuer von über 60 Franken ausgelöst. Die Angaben aus dem Haushaltungsbuch und die Angaben in der Steuerrechnung der

Gemeinde passen nicht zusammen. Das Rätsel um die Herkunft der Haushaltseinnahmen liess sich mit den verwendeten Quellen im Rahmen dieser Arbeit nicht lösen.

Zurück zu den Lebenshaltungskosten: Was lässt sich generell dazu sagen, wo lag das Existenzminimum? Neben den Haushaltbüchern der Familie Kobel gibt es weitere Hinweise in anderen Quellen:

- Im Steuerführer wird der Wert von Kost und Logis für eine Person mit 1000 bis 1500 Franken angesetzt.<sup>130</sup> Fürs städtische Umfeld galt vermutlich die grössere Zahl.
- Den Erläuterungen des Stadtrats zum geplanten Lohnabbau für städtische Angestellte und Arbeiter ist zu entnehmen, dass 1600 Franken als Existenzminimum für Alleinstehende und 3200 Franken Gesamtlohn bei Verheirateten von der Lohnreduktion ausgenommen werden sollten.<sup>131</sup>
- Die Zahlen der Familie Kobel zeigen, dass sie ungefähr 3000 Franken für die Grundversorgung von zwei Erwachsenen und drei Kindern ausgab.

Fazit: Zur Sicherstellung der Grundversorgung (Nahrung, Wohnung, Kleidung) musste eine Familie mit zwei Erwachsenen und zwei bis vier Kindern mit jährlichen Ausgaben zwischen 3000 und 3200 Franken rechnen.

### *Frauenverdienst: wichtiger Beitrag im Verborgenen*

Wer verdiente das Geld? Überraschende Einsichten liefert das Geschäftsjournal von Rosa Oeschger-Obrist (\*1889), die eine Wäscherei/Glättereibetrieb.<sup>132</sup> Rosa wohnte mit ihrem Mann Wilhelm (\*1892) und vier Kindern an der Bruggerstrasse 170 im eigenen Haus.<sup>133</sup> Wilhelm war Modellschreiner bei BBC.

Rosa besorgte die Wäsche für Private sowie für die Kapelle Maria Wil und das angegliederte Priesterheim. Ihre Preise: Kragen waschen 15 Rappen; Kragen waschen und bügeln 25 Rappen; Hemd waschen und bügeln 40 bis 50 Rappen.

Im Geschäftsjournal führte sie Buch über die einzelnen Aufträge. Als Beispiel der Eintrag vom 5. März 1934:

«Maria Wil: 1 Altartuchschutz, 1 Schultertüchli, 1 Halstüchli  
Priesterheim: 3 Leintücher, 2 Kissen, 11 Hemden, 11 Unterhosen, 11 Unterleibchen, 19 Halstücher, 10 Servietten, 16 Paar Strümpfe, 9 Kopftücher, 2 Waschplätz, 3 Blusen, 7 Schürzen, 38 Taschentücher, 5 Kragen  
23.35 Franken»

Im Jahr 1934 erwirtschaftete ihre Wäscherei einen Umsatz von 1351.85 Franken.

Im Steuerbuch sind folgende Zahlen zu finden: Der Haushalt der Oeschgers verfügte über Gebäude und Grundstücke im Wert von 77 000 Franken, davon 55 800 Franken Schulden, eine Fahrhabe im Wert von 8500 Franken sowie einen Erwerb von 2800 Franken. Bei einem Kinderabzug von sechs Franken für drei Kinder unter 16 Jahren resultierte daraus eine einfache Steuer von 28.40 Franken.<sup>134</sup>

Auffallend ist, dass der Beitrag des kleinen Gewerbebetriebs zum Erwerbseinkommen des Haushalts erheblich war: Auch wenn nach Abzug der Unkosten nur 90 Prozent der Einnahmen verblieben, so steuerte die Wäscherei/Glättereibetrieb rund 1200

Franken zum Haushaltserwerbseinkommen von 2800 Franken bei – fast die Hälfte. Das würde wiederum bedeuten, dass Wilhelm nur 1600 Franken nach Hause brachte – überraschend wenig für einen Facharbeiter. Andererseits: 1934 war ein schlimmes Krisenjahr. Es ist gut möglich, dass Wilhelm nur Kurzarbeit leisten konnte, mit entsprechenden Lohnkürzungen. Im Steuerbuch ist kein Gewerbefonds ausgewiesen: Die notwendigen Einrichtungen und Geräte für die Wäscherei/Glättereie wurden vermutlich unter Fahrhabe aufgeführt. Ausserdem waren 1000 Franken steuerfrei für Handwerks- und Berufsgeräte. Die älteste Tochter war 1934 18 Jahre alt und hatte die obligatorische Schulzeit hinter sich. Es ist gut vorstellbar, dass sie gemeinsam mit ihrer Mutter in der Wäscherei arbeitete.

Fazit: Das Erwerbseinkommen der sechsköpfigen Familie wurde vermutlich von drei Personen erarbeitet. Das ist aber im Steuerbuch nicht sichtbar! Dort wurde der Haushalt durch eine Person repräsentiert, meist den Ehemann. Und dieser Person wurden die gesamten Erwerbseinkünfte des Haushalts zugeschrieben. Der Beitrag von Ehefrauen, Kindern, Geschwistern und sonstigen Haushaltsangehörigen wurde nicht separat ausgewiesen. Gerade bei Haushalten am unteren Ende der Skala darf man aber annehmen, dass mehrere Personen zusammen das Erwerbseinkommen erwirtschafteten. Nur bei mittelständischen und reichen Haushalten genügte der Verdienst einer einzigen Person.

### *Kapitalertrag stockt Erwerbseinkommen auf*

Grossbürgerliches Leben trotz geringem Erwerbseinkommen: Wie war das möglich? Darüber geben die Bankbelege der Ärztin Klara Zellweger-Wyss (\*1877) Auskunft.<sup>135</sup> Klara und ihr Mann Jean-Jacques Zellweger (\*1862) führten an der Römerstrasse 20 eine Arztpraxis im eigenen Haus. Klara war bis 1927 als Frauen- und Kinderärztin tätig, Jean-Jacques praktizierte als Allgemein- und Schularzt.<sup>136</sup>

Die Belege zeigen, dass Klara Zellweger 1934 Obligationen im Nennwert von 25 000 Franken in einem Bankdepot hatte. Darunter waren Anleihen der Motor-Columbus AG, der SBB, verschiedener Kraftwerke sowie Eidgenössische Staatsanleihen. Die Obligationen wurden nominal zwischen 3½ und 5 Prozent verzinst. Der Zinsertrag belief sich 1934 auf gut 1161 Franken. Nach Abzug einer dreiprozentigen Couponsteuer verblieben ihr 1126 Franken. Das entspricht einer Verzinsung von 4,5 Prozent des eingesetzten Kapitals.

Gemäss Steuerbuch verfügte der Haushalt 1934 über ein Gesamtvermögen von rund 880 000 Franken (Einzelschätzwerte: Gebäude 103 500 Franken, Grundstücke 30 455 Franken, Kapitalien 700 000 Franken, Gewerbefonds 15 500 Franken, Fahrhabe 31 500 Franken) und ein Erwerbseinkommen von 3000 Franken. Die einfache Steuer betrug 1560 Franken, bei einer Progression von 60 Prozent.<sup>137</sup>

Die Gesamtsteuer (Gemeinde-, Staats- und Kirchensteuer) der Zellwegers betrug also mehr als 9000 Franken – ein Vielfaches ihres jährlichen Erwerbseinkommens. Wie konnten sie so viel bezahlen? Der Haushalt lebte vermutlich zum über-

wiegenden Teil von seinem Vermögen und den Erträgen daraus. Da das Ehepaar über Kapitalien im Werte von 700 000 Franken verfügte, könnte es theoretisch – mit ähnlichen Anlagen und bei einer Verzinsung zwischen vier und fünf Prozent – jährliche Einnahmen zwischen 28 000 und 35 000 Franken generiert haben. Offensichtlich genug zur Finanzierung eines grossbürgerlichen Lebensstils.

### *Zahlenqualität im Steuerbuch*

Was ist von den Einträgen im Steuerbuch zu halten? Wie genau treffen sie zu? Folgendes Beispiel vermittelt einen Eindruck von der Genauigkeit der Vermögensdaten im Steuerbuch: Luise Bretscher-Müller (\*1855) wohnte 1934 mit ihren beiden Kindern Otto (\*1881) und Luise (\*1877) an der Glärnischstrasse. Seit 1919 war sie Witwe. Gemäss Erbvertrag mit dem verstorbenen Ehemann war ihr bei seinem Tod die Nutzniessung der gesamten Hinterlassenschaft zugefallen. Luise Bretscher-Müller verstarb am 6. September. Ihr Vermögen wurde am 13. September 1934 in einem amtlichen Nachlassinventar dokumentiert, wie es das Steuergesetz verlangte.<sup>138</sup>

Die Gegenüberstellung der Vermögenswerte gemäss Nachlassinventar und gemäss Steuerbuch zeigt folgendes Bild:<sup>139</sup>

Vermögenswerte (Franken)	Nachlassinventar	Steuerbuch
Gebäude und Grundstücke	27 550	29 700
./ Hypothekenschulden	12 500	12 500
Wertschriften	8 500	12 000
Barschaft	für Bestattung verbraucht	
Mobiliar (zu 7400.- versichert)	1 000	5 500
Aktivenüberschuss	24 550	

Tabelle 13 Gegenüberstellung von Vermögenswerten gemäss Nachlassinventar und gemäss Steuerbuch.

Auffällig ist, dass die Vermögenswerte der Verstorbenen gemäss Nachlassinventar durchwegs kleiner waren als im Steuerbuch festgehalten. Wie kommt das? Die unterschiedlichen Schätzwerte von Immobilien und Kapitalien lassen sich mit den unterschiedlichen Zeitpunkten der Schätzung erklären. Die Hypothekenschulden sind hingegen in beiden Dokumenten identisch: Sie waren in Kreditverträgen festgehalten. Am grössten sind die Abweichungen beim Mobiliar. Als Wert einer Fahrhabe wurde im Steuerbuch 80 Prozent des Versicherungswerts eingetragen. Wenn dieser Versicherungswert trotz Abnutzung und Entwertung des Mobiliars über die Jahre hinweg nicht reduziert wurde, so blieb der Eintrag im Steuerbuch unverändert.

Fazit: Die Vermögensverhältnisse eines Haushalts waren im Steuerbuch eher besser ausgewiesen, als sie eigentlich waren.

## Schlusswort

Die Untersuchungen in dieser Arbeit haben gezeigt, dass sich die Frage, wie die Stadt Baden die Weltwirtschaftskrise meisterte, nur schwer mit einem Satz und schon gar nicht mit einem Wort beantworten lässt – zu unterschiedlich sind die Erkenntnisse:

1. Die Steuereinnahmen brachen zwischen 1931 und 1933 deutlich ein, stabilisierten sich danach aber auf einem neuen, tieferen Niveau, bis sie 1938 wieder anstiegen. Eine wachsende Verarmung der Badener Steuerpflichtigen über die gesamte Krisenzeit hinweg ist nicht erkennbar – obwohl die Gemeindeversammlung den Steuerpflichtigen per 1934 eine Steuererhöhung von elf Prozent zumutete und gleichzeitig dem städtischen Personal eine Lohnkürzung von sieben Prozent.

2. Die Aufwendungen der Stadt für reguläre Armenunterstützung und für ausserordentliche Krisenbewältigung stiegen kräftig an, wie entsprechende Positionen im Finanzhaushalt klar zeigen. Dabei darf nicht vergessen werden, dass gewisse Kosten, wie beispielsweise Steuernachlässe, gar nie verbucht wurden: Die tatsächlichen Aufwendungen waren somit höher als in den Jahresrechnungen ausgewiesen. Die Zahl der von Arbeitslosigkeit betroffenen Haushalte erreichte 1934 Ende Februar/Anfang März kurzzeitig ein Maximum von rund 360, um für den Rest des Jahres bei 250 Haushalten herum zu pendeln – das heisst, in jenem Jahr konnte jeder zwölfte private Haushalt seine Kosten nur teilweise oder gar nicht aus eigener Kraft decken. Die Stadt half zum einen mit Direktzahlungen, Steuernachlässen und Sachleistungen, zum anderen vermittelte sie bezahlte Beschäftigung bei Notstandsarbeiten, zum Tagelöhner/Hilfsarbeiter-Ansatz von einem Franken pro Stunde. Ausserdem war sie finanziell bei diversen Krisenprogrammen von Kanton und Bund zur Unterstützung von Arbeitssuchenden und Arbeitslosen engagiert.

3. Die Ausgaben für Bildung und Gesundheit schwankten etwas, es lässt sich aber kein Zusammenhang mit der Krise herstellen. Die Schülerzahlen der weiterführenden Schulen – mit Ausnahme der Handwerkerschule – blieben gleich oder stiegen an. Und der Rückgang der Pflage tage im städtischen Krankenhaus Anfang der 1930er-Jahre konnte nicht nur gestoppt, sondern wieder in ein Wachstum überführt werden, nach baulichen Investitionen und mit der Einsetzung eines neuen Chefarztes.

4. Während der Krise baute oder sanierte die Stadt Schulhäuser, erstellte ein Schlachthaus und ein Schwimmbad samt Zufahrtsstrasse, und erschloss neue Wohngebiete mit Strassen, Kanalisation und Wasserreservoir. Die Ortsbürgergemeinde erweiterte und renovierte den Kursaal, und die Städtischen Werke nahmen ein neues Verwaltungsgebäude in Betrieb. Diese Investitionen in Hoch- und Tiefbauten führten dazu, dass die Stadt – insbesondere die Einwohnergemeinde – ihr Vermögen zwischen 1930 und 1938 deutlich vermehren konnte.

5. Die privaten Haushalte der Stadt deckten ein breites wirtschaftliches Spektrum ab, von ganz arm bis sehr reich, mit einem ausgeprägten Mittelstand. Fast die Hälfte der steuerpflichtigen Haushalte gehörte zu den wirtschaftlich leistungsfähigen



und unterlag gemäss Steuertarif der Progression. Die mittelständischen und reichen Haushalte stabilisierten den Finanzhaushalt der Stadt: Sie sorgten für Kontinuität bei den Steuereinnahmen, und sie bewältigten die Krise aus eigener Kraft, ohne öffentliche Gelder zu beanspruchen.

Fazit: Die Stadt fuhr erfolgreich eine Doppelstrategie zur Krisenbewältigung. Zum einen senkte sie Kosten (Lohnreduktion) und erhöhte die Einnahmen (Steuererhöhung), zum anderen investierte sie in den sozialen Frieden (finanzielle und materielle Unterstützung betroffener Einwohner) und in Sachwerte (städtische Infrastruktur und Gebäude). Die Stadt Baden bewährte sich während der Weltwirtschaftskrise als Risikogemeinschaft für ihre Einwohner: Eine Mehrheit von wenig Betroffenen konnte und wollte die Minderheit von stark Betroffenen unterstützen.

Die Fragestellung der Forschungsarbeit erwies sich als äusserst ergiebig, weil sie komplementär zu anderen Herangehensweisen ans Thema «Weltwirtschaftskrise» ist. Im Fokus steht eine Kleinstadt als Risikogemeinschaft und nicht eine besonders stark betroffene Personengruppe (Arbeiter) oder Branche (Export- und Tourismusindustrie) oder Region (Baden-Brugg). Dadurch werden die Zusammenhänge zwischen verschiedenen Akteuren sichtbar: Politische Behörden, Steuerzahler, Stimmberechtigte, Arbeitgeber und Arbeitnehmer – überall gab es sowohl Krisengewinner als auch Krisenverlierer.

Insbesondere wird klar, dass ein katastrophaler Konjunkturverlauf in einer Region nicht notwendigerweise zu katastrophalen Verhältnissen vor Ort führte. Die wirtschaftliche Ausgangssituation bei Ausbruch der Krise spielte eine wichtige Rolle: Starke Akteure konnten besser mit der Krise umgehen als schwache. Das gilt für politische Gemeinden, aber auch für die privaten Haushalte und die Unternehmungen.

Der Kanton und der Bund taten sich schwer damit, angemessene Antworten auf die Weltwirtschaftskrise zu finden. Die Unterschiede im Grad der Betroffenheit waren einfach zu gross für schnelle politische Reaktionen, die mehrheitsfähig waren. Auch in Baden gab es grosse Unterschiede. Aber die Kleinstadt raufte sich zusammen und fand einen gemeinsamen Weg durch die schwierigen Zeiten.

## Bibliografie

### *Ungedruckte Quellen*

- Gemeindearchiv Ennetbaden:  
Einwohnerregister. E.37.1.3, Einwohnergemeinde, Rechnungen, 1933–1942.  
Steuerrechnung der Gemeinde Ennetbaden pro 1934. E.37.1.8, Einwohnergemeinde, Voranschläge, 1920–1934.  
Stadtarchiv Baden (StAB): E.37.1.9, Einwohnergemeinde, Voranschläge, 1935–1943.  
B.21.9, Gemeinderat, Protokoll, 1803–1951. E.37.1.15, Ortsbürgergemeinde, Rechnungen, 1927–1942.  
B.37.60, Steuerbücher, 1934–1939. E.39.2, Einwohnerregister, 1925–1948.  
B.41.6, Nachlassinventare, lose Originale und Akten, 1901–1952. N.06.2, Zellweger-Wyss, Klara: Haushaltsabrechnungen und -belege, 1922–1950.  
E.37.1.2, Einwohnergemeinde, Rechnungen, 1919–1932.

N.85.10.2, Kobel, Ernst, Ennetbaden: Haushaltungsbücher, 1922–1947.

U.81.10, Oeschger-Obrist, Rosa, Glätterin: Journal, 1932–1944.

#### *Gedruckte Quellen*

Eidgenössische Volkszählung, 1. Dezember 1930, Band 3 Kanton Aargau, hg. von Eidgenössisches Statistisches Amt, Bern 1933 (Statistische Quellenwerke der Schweiz / Heft 34).

Eidgenössische Volkszählung, 1. Dezember 1941, Band 3 Kanton Aargau, hg. von Eidgenössisches Statistisches Amt, Bern 1944 (Statistische Quellenwerke der Schweiz / Heft 142).

Jahreschronik, 1. Nov. 1928 – 31. Okt. 1929 (Chronist: E. M.), in: Badener Neujahrsblätter 1930, hg. von Literarische Gesellschaft Baden und Vereinigung für Heimatkunde der Region Baden, Baden, 57–63.

Jahreschronik, 1. Nov. 1929 – 31. Okt. 1930 (Chronist: E. M.), in: Badener Neujahrsblätter 1931, hg. von Literarische Gesellschaft Baden und Vereinigung für Heimatkunde der Region Baden, Baden, 69–75.

Jahreschronik, 1. Nov. 1930 – 31. Okt. 1931 (Chronisten: E. M. / W. Sch.), in: Badener Neujahrsblätter 1932, hg. von Literarische Gesellschaft Baden und Vereinigung für Heimatkunde der Region Baden, Baden, 67–74.

Jahreschronik, 1. Nov. 1931 – 31. Okt. 1932 (Chronist: W. Sch.), in: Badener Neujahrsblätter 1933, hg. von Literarische Gesellschaft Baden und Vereinigung für Heimatkunde der Region Baden, Baden, 60–63.

Jahreschronik, 1. Nov. 1932 – 31. Okt. 1933 (Chronist: W. Sch.), in: Badener Neujahrsblätter 1934, hg. von Literarische Gesellschaft Baden und Vereinigung für Heimatkunde der Region Baden, Baden, 60–64.

Jahreschronik, 1. November 1933 – 31. Oktober 1934 (Chronist: Jos. Killer), in: Badener Neujahrsblätter 1935, hg. von Literarische Gesellschaft Baden und Vereinigung für Heimatkunde der Region Baden, Baden, 58–63.

Jahreschronik, vom 1. November 1934 bis 31. Oktober 1935 (Chronist: Jos. Killer), in: Badener Neujahrsblätter 1936, hg. von Literarische Gesellschaft Baden und Vereinigung für Heimatkunde der Region Baden, Baden, 57–63.

Jahreschronik, vom 1. November 1935 bis 31. Oktober 1936 (Chronist: Kurt Münzel), in: Badener Neujahrsblätter 1937, hg. von Literarische Gesellschaft Baden und Vereinigung für Heimatkunde der Region Baden, Baden, 60–63.

Jahreschronik, vom 1. November 1936 bis 31. Oktober 1937 (Chronist: Kurt Münzel), in: Badener Neujahrsblätter 1938, hg. von Literarische Gesell-

schaft Baden und Vereinigung für Heimatkunde der Region Baden, Baden, 75–79.

Jahreschronik, vom 1. November 1937 bis 31. Oktober 1938 (Chronist: Kurt Münzel), in: Badener Neujahrsblätter 1939, hg. von Literarische Gesellschaft Baden und Vereinigung für Heimatkunde der Region Baden, Baden, 63–68.

Praktischer Führer für den Aargauer Steuerpflichtigen, Druckereigenossenschaft, Aarau 1935.

#### *Darstellungen*

Brian Scherer, Sarah: «Niemand kann zwei Herren dienen»: die Badener Frauen- und Kinderärztin Klara Zellweger-Wyss zwischen Beruf und Mutterpflichten, in: Badener Neujahrsblätter 2006, Baden 2005, 43–59.

Bütler, Monika: Die ewige Angst vor dem Abstieg, in: NZZ Folio Nr. 267, Zürich 2013, 34–38.

Das Regionale Pflegezentrum Baden und seine Geschichte, [www.rpb.ch/ueber-uns/geschichte-chronik](http://www.rpb.ch/ueber-uns/geschichte-chronik) [Stand: 26. 3. 2015].

Daten aus der Geschichte der Bundessteuern (Ausgabe November 2014), in: Steuerinformationen, hg. von der Schweizerischen Steuerkonferenz SSK, Vereinigung der Schweizerischen Steuerbehörden, [www.estv.admin.ch/dokumentation/00079/00080/00736/index.html?lang=de](http://www.estv.admin.ch/dokumentation/00079/00080/00736/index.html?lang=de) [Stand: 26. 3. 2015].

Engel, Christian: Von London via Winterthur und Oerlikon nach Baden – eine kurze Geschichte der Familie Brown, in: Badener Neujahrsblätter 2012, Baden 2011, 10–13.

Gautschi, Willi: Geschichte des Aargaus, Band 3: 1885–1953, Baden 1978.

Halbeisen, Patrick/Müller, Margrit/Veyrassat, Beatrice (Hg.): Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, Basel 2012.

Keller, Ernst: Der Finanzhaushalt der Stadt Baden, Dissertation, Universität Zürich, Turbenthal 1947.

Leimgruber, Yvonne: Ein Rückblick auf die Aargauer Schulgeschichte. 175 Jahre Volksschule Aargau, 2010, [www.ag.ch/media/kanton\\_aargau/bks/dokumente\\_1/volksschule\\_kindergarten/BKSVS\\_ueberblick\\_schulgeschichte.pdf](http://www.ag.ch/media/kanton_aargau/bks/dokumente_1/volksschule_kindergarten/BKSVS_ueberblick_schulgeschichte.pdf) [Stand: 26. 3. 2015].

Mittler, Otto: Geschichte der Stadt Baden, Band 2: Von 1650 bis zur Gegenwart, Aarau 1965.

Pechlaner Gut, Heidi/Welter Thaler, Barbara: Badener Familien in Bewegung, in: Badener Neujahrsblätter 2012, Baden 2011, 28–38.

Rhiner, Robert: Die Geschichte der stationären Gesundheitsversorgung in Baden, in: Badener Neujahrsblätter 2006, Baden 2005, 99–112.

Ritzmann-Blickenstorfer, Heiner: Kantone und Städte im Zeichen der grossen Depression, in: *traverse* 1997/4, Zeitschrift für Geschichte, Zürich 1997, 68–80.

- Schmid, Philipp: Verhandeln statt Kämpfen. Die Antworten der Arbeiterbewegung in Baden und Zug auf die Wirtschaftskrise in den 1930er Jahren, Seminararbeit an der Universität Zürich, 2012.
- Seiler, Christophe/Steigmeier, Andreas: Geschichte des Aargaus. Illustrierter Überblick von der Urzeit bis zur Gegenwart, Aarau 1998.
- Streif, Klaus: Reparaturwerkstatt der Volkswirtschaft, 100 Jahre Kantonales Arbeitsamt Aargau 1904–2004, Baden 2004.
- Süss, Albert: Karl Killer: Ständerat und Stadtammann, Nachruf, in: Badener Neujahrsblätter 1949, 9–13.
- Ventura, Andrea: Rappenspalten und Couponschneiden: Badener Familien in den 1930er-Jahren, in: Badener Neujahrsblätter 2015, Baden 2014, 154–164.
- Ventura, Andrea: Geschicklichkeit und Glück: Wie die Stadt Baden die Weltwirtschaftskrise meisterte, Abschlussarbeit zum MAS in Applied History, Universität Zürich, 2015.
- Ziegler, Béatrice: «Kampf dem Doppelverdienertum!» Die Bewegung gegen die Qualifizierung weiblicher Erwerbsarbeit in der Zwischenkriegszeit in der Schweiz, in: Arbeit im Wandel, Zürich 1996, 85–104.
- Zurlinden, Mathias: Goldstandard, Deflation und Depression: Die schweizerische Volkswirtschaft in der Weltwirtschaftskrise, in: Quartalsheft 2/2003, hg. von Schweizerische Nationalbank, Bern 2003, 86–116.

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Ventura, Wie die Stadt Baden die Weltwirtschaftskrise meisterte. Zur Masterarbeit gehört ein umfangreicher Anhang mit dem gesamten Zahlenmaterial, welches in der Arbeit zitiert und diskutiert wird. Insbesondere finden sich dort alle Zahlenreihen, die als Grundlage für grafische Darstellungen dienten: Rechnungen der Einwohnergemeinde (ausgewählte Posten 1929–1938), Sozialfonds und Armenfürsorge 1929–1938, Kennzahlen zur Schulverwaltung und zum Städtischen Krankenhaus 1929–1938, Arbeitslosenzahlen, Steuerbücher (Stichprobe mit 279 Steuerpflichtigen für 1934), Ausgaben und Einnahmen der Familie Kobel im Jahr 1934.
- <sup>2</sup> Zurlinden, Schweizer Volkswirtschaft in der Weltwirtschaftskrise, 87, 93 und 94.
- <sup>3</sup> Ebd., 95.
- <sup>4</sup> Ritzmann-Blickenstorfer, Kantone und Städte in der grossen Depression, 71–74.
- <sup>5</sup> Mittler, Geschichte der Stadt Baden, 360.
- <sup>6</sup> Halbeisen et al. (Hg.), Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, 142–156.
- <sup>7</sup> Gautschi, Geschichte des Aargaus, 288–301.
- <sup>8</sup> Streif, 100 Jahre Kantonales Arbeitsamt; vor allem 95–102.
- <sup>9</sup> Mittler, Geschichte der Stadt Baden, 359–364; Zitat 360.
- <sup>10</sup> Keller, Finanzhaushalt der Stadt Baden.
- <sup>11</sup> StAB E.37.1.2 und E.37.1.3, Einwohnergemeinde, Rechnungen 1929–1938 sowie StAB E.37.1.8 und E.37.1.9, Einwohnergemeinde, Voranschläge 1929–1938.
- <sup>12</sup> StAB E.37.1.15, Ortsbürgergemeinde, Rechnungen 1929–1938.
- <sup>13</sup> Keller, Finanzhaushalt der Stadt Baden, 48–52.
- <sup>14</sup> Jahreschronik 1929/30, 69, Jahreschronik 1932/33, 64, und Jahreschronik 1937/38, 63.
- <sup>15</sup> Süss, Nachruf Karl Killer.
- <sup>16</sup> StAB E.37.1.3, Einwohnergemeinde, Rechnung 1934, Bericht über das Verwaltungsjahr.
- <sup>17</sup> Leimgruber, Schulgeschichte.
- <sup>18</sup> Eine Fortbildungsschule; siehe auch Pfister, Beda: Die Bürgerschule, Lehr- und Lesebuch für die bürgerlichen Fortbildungsschulen, Ausgabe für den Kanton Aargau, Aarau 1910.
- <sup>19</sup> Mittler, Stadtgeschichte, 294f.
- <sup>20</sup> Hohler, Armenfürsorge, 22.
- <sup>21</sup> StAB E.34, Archivplan, Erläuterungen zu den Sozialen Diensten.
- <sup>22</sup> StAB E.37.1.3, Einwohnergemeinde, Rechnung 1937, Kommissionen und ihre Mitglieder.
- <sup>23</sup> Mittler, Stadtgeschichte, 362.
- <sup>24</sup> Mittler, Stadtgeschichte, 292f.
- <sup>25</sup> Streif, Kantonales Arbeitsamt, 11.
- <sup>26</sup> Aus einem Inserat im Badener Tagblatt vom 22. 2. 1904, zitiert in ebd., 13.
- <sup>27</sup> Streif, Kantonales Arbeitsamt, 46.
- <sup>28</sup> Ebd., 58.
- <sup>29</sup> Ebd., 100.
- <sup>30</sup> Schmid, Arbeiterbewegung Baden, 11.
- <sup>31</sup> StAB E.37.1.3, Einwohnergemeinde, Rechnung 1934, Bericht über das Verwaltungsjahr.
- <sup>32</sup> Schmid, Arbeiterbewegung Baden, 14.
- <sup>33</sup> Keller, Finanzhaushalt der Stadt Baden, 36.

- <sup>34</sup> Mittler, Stadtgeschichte, 361.
- <sup>35</sup> Ziegler, Doppelverdienertum.
- <sup>36</sup> StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1934, Trakt. 2882.
- <sup>37</sup> StAB E.37.1.8, Einwohnergemeinde, Voranschlag 1930, Erläuterungen; Jahreschronik 1930/31, 70.
- <sup>38</sup> StAB E.37.1.2 und E.37.1.3, Einwohnergemeinde, Rechnungen 1929–1933, Berichte zum Verwaltungsjahr.
- <sup>39</sup> Geschichte Regionales Pflegezentrum und StAB E.37.1.3, Einwohnergemeinde, Rechnungen 1934–1938, Berichte zum Verwaltungsjahr.
- <sup>40</sup> StAB E.37.1.2, Einwohnergemeinde, Rechnung 1928, Bericht über das Verwaltungsjahr.
- <sup>41</sup> Jahreschronik 1928/29, 59.
- <sup>42</sup> Ebd., 61.
- <sup>43</sup> StAB E.37.1.8, Einwohnergemeinde, Voranschlag 1930, Erläuterungen.
- <sup>44</sup> Jahreschronik 1928/29, 63.
- <sup>45</sup> StAB E.37.1.2, Einwohnergemeinde, Rechnung 1929, Bericht über das Verwaltungsjahr.
- <sup>46</sup> Jahreschronik 1929/30, 70 und 73.
- <sup>47</sup> Ebd., 73.
- <sup>48</sup> StAB E.37.1.2, Einwohnergemeinde, Rechnung 1930, Bericht über das Verwaltungsjahr.
- <sup>49</sup> Jahreschronik 1930/31, 72.
- <sup>50</sup> StAB E.37.1.2, Einwohnergemeinde, Rechnung 1928, Bericht über das Verwaltungsjahr und StAB E.37.1.8, Einwohnergemeinde, Voranschlag 1930, Erläuterungen.
- <sup>51</sup> StAB E.37.1.2, Einwohnergemeinde, Rechnung 1928, Bericht über das Verwaltungsjahr.
- <sup>52</sup> StAB E.37.1.8, Einwohnergemeinde, Voranschlag 1930, Erläuterungen.
- <sup>53</sup> Ebd.
- <sup>54</sup> StAB E.37.1.8, Einwohnergemeinde, Voranschlag 1931, Erläuterungen.
- <sup>55</sup> StAB E.37.1.2, Einwohnergemeinde, Rechnung 1930, Bericht über das Verwaltungsjahr.
- <sup>56</sup> Alle Zahlen stammen aus den Jahresrechnungen der Einwohnergemeinde; die Werte sind im Anhang meiner Masterarbeit zu finden: Ventura, Wie die Stadt Baden die Weltwirtschaftskrise meisterte, 85–102.
- <sup>57</sup> Keller, Finanzhaushalt der Stadt Baden, 132–143.
- <sup>58</sup> Jahreschronik 1930/31, 73.
- <sup>59</sup> Jahreschronik 1931/32, 60. Der Chronist erläutert das Kürzel «TF» nicht; es könnte für «Transformatorfabrik» stehen.
- <sup>60</sup> StAB E.37.1.8, Einwohnergemeinde, Voranschlag 1932, Erläuterungen.
- <sup>61</sup> Jahreschronik 1931/32, 60.
- <sup>62</sup> Ebd., 62.
- <sup>63</sup> Ebd., 63.
- <sup>64</sup> StAB E.37.1.2, Einwohnergemeinde, Rechnung 1932, Bericht über das Verwaltungsjahr.
- <sup>65</sup> Jahreschronik 1932/33, 60.
- <sup>66</sup> StAB E.37.1.8, Einwohnergemeinde, Voranschlag 1933, Erläuterungen.
- <sup>67</sup> Jahreschronik 1932/33, 63.
- <sup>68</sup> Jahreschronik 1930/31, 73.
- <sup>69</sup> StAB B.21.9, Stadtratsprotokolle 1932–1938.
- <sup>70</sup> Streif, Kantonales Arbeitsamt, 97f.
- <sup>71</sup> StAB E.37.1.2, Einwohnergemeinde, Rechnung 1931, Bericht über das Verwaltungsjahr.
- <sup>72</sup> Jahreschronik 1930/31, 71 und 73.
- <sup>73</sup> StAB E.37.1.2, Einwohnergemeinde, Rechnung 1932, Bericht über das Verwaltungsjahr.
- <sup>74</sup> Jahreschronik 1931/32, 63.
- <sup>75</sup> Jahreschronik 1932/33, 62 und 63.
- <sup>76</sup> StAB E.37.1.8, Einwohnergemeinde, Voranschlag 1932, Erläuterungen.
- <sup>77</sup> Jahreschronik 1932/33, 61.
- <sup>78</sup> Jahreschronik 1933/34, 61.
- <sup>79</sup> Jahreschronik 1934/35, 57.
- <sup>80</sup> Jahreschronik 1934/35, 58 und 60.
- <sup>81</sup> Jahreschronik 1935/36, 63.
- <sup>82</sup> StAB E.37.1.3, Einwohnergemeinde, Rechnung 1934.
- <sup>83</sup> Jahreschronik 1933/34, 60.
- <sup>84</sup> Jahreschronik 1934/35, 60.
- <sup>85</sup> StAB E.37.1.3, Einwohnergemeinde, Rechnung 1935, Bericht zum Verwaltungsjahr.
- <sup>86</sup> Jahreschronik 1936/37, 75.
- <sup>87</sup> StAB E.37.1.3, Einwohnergemeinde, Rechnungen 1934–1936, Berichte zu den Verwaltungsjahren.
- <sup>88</sup> Jahreschronik 1933/34, 61.
- <sup>89</sup> StAB E.37.1.3, Einwohnergemeinde, Rechnungen 1934–1937, Berichte zu den Verwaltungsjahren.
- <sup>90</sup> Jahreschronik 1933/34, 62.
- <sup>91</sup> Streif, Kantonales Arbeitsamt, 97f.
- <sup>92</sup> Ebd., S. 146f.
- <sup>93</sup> Gautschi, Kantonsgeschichte, 293.
- <sup>94</sup> Jahreschronik 1935/36, 60.
- <sup>95</sup> Gautschi, Kantonsgeschichte, 292.
- <sup>96</sup> StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1934, diverse Traktanden (weit über hundert Anträge).
- <sup>97</sup> Ebd., Trakt. 1822, 1867–1868, 1927, 2127–2129, 2177–2178, 2508.
- <sup>98</sup> Ebd., Trakt. 1925, 2105, 2294, 2844, 3016, 3068.
- <sup>99</sup> Ebd., Trakt. 1830, 1936.
- <sup>100</sup> Ebd., Trakt. 1773, 2472.
- <sup>101</sup> Ebd., Trakt. 2047, 3134.
- <sup>102</sup> StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1934, Trakt. 2763.
- <sup>103</sup> Jahreschronik 1936/37, 78.
- <sup>104</sup> Ebd., S. 79.
- <sup>105</sup> Jahreschronik 1937/38, 66.
- <sup>106</sup> Ebd., 68.

- <sup>107</sup> StAB E.37.1.9, Einwohnergemeinde, Voranschlag 1935, Erläuterungen.
- <sup>108</sup> Jahreschronik 1936/37, 78.
- <sup>109</sup> Keller, Finanzhaushalt der Stadt Baden, 132–143.
- <sup>110</sup> Ventura, Rappenspalten und Couponschneiden.
- <sup>111</sup> StAB B.37.60, Steuerbücher.
- <sup>112</sup> Volkszählung 1930, Wohnbevölkerung pro Gemeinde nach Erwerbszweig, 28f.
- <sup>113</sup> Volkszählung 1941, Wohnbevölkerung pro Gemeinde nach Alter und Erwerbszweig, 56f.
- <sup>114</sup> Volkszählung 1930, 8, und Volkszählung 1941, 9.
- <sup>115</sup> Gemäss Definition des Bundesamts für Statistik, [www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/infothek/definitionen.html](http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/infothek/definitionen.html) [Stand: 26. 3. 2015].
- <sup>116</sup> Steuerführer, 49.
- <sup>117</sup> Engel, Familie Brown, 11.
- <sup>118</sup> Steuerführer, 44. Die Mobilversicherung war im Aargau ab 1897 obligatorisch.
- <sup>119</sup> Beispielsweise im Artikel der Volkswirtschaftlerin Monika Bütler, 35.
- <sup>120</sup> StAB B.37.60, Steuerbücher 1934–1939, 303.
- <sup>121</sup> Steuerführer, 9.
- <sup>122</sup> Steuerführer, 115f.
- <sup>123</sup> Ebd., 30.
- <sup>124</sup> Steuerführer, 117.
- <sup>125</sup> Ebd., 62.
- <sup>126</sup> Ebd., 74–80 und Geschichte der Bundessteuern, 4–7.
- <sup>127</sup> Gemeindearchiv Ennetbaden, Einwohnerregister.
- <sup>128</sup> StAB N.85.10.2, Kobel, Haushaltungsbücher.
- <sup>129</sup> Gemeindearchiv Ennetbaden, Steuerrechnung pro 1934, 26, No. 323.
- <sup>130</sup> Steuerführer, 103.
- <sup>131</sup> StAB E.37.1.8, Einwohnergemeinde, Voranschlag 1934, Erläuterungen.
- <sup>132</sup> StAB U.81.10, Oeschger-Obrist, Journal.
- <sup>133</sup> StAB E.39.2, Einwohnerregister.
- <sup>134</sup> StAB B.37.60, Steuerbücher 1934–1939, 1863.
- <sup>135</sup> StAB N.06.2, Zellweger-Wyss, Haushaltsabrechnungen und -belege.
- <sup>136</sup> Brian Scherer, Klara Zellweger-Wyss, 53.
- <sup>137</sup> StAB B.37.60, Steuerbücher 1934–1939, 2785.
- <sup>138</sup> Steuerführer, 50.
- <sup>139</sup> StAB B.41.6, Nachlassinventare 1934 und Steuerbücher 1934–1939, 393.